

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Petizelle oder deren Raum 30 G.

Verbandskollegen! Die nächste Arbeitslorenzählung ist Sonnabend, den 24. April; niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

Zur Verschmelzung.

Der Zusammenschluß der baugewerblichen Arbeiterschaft hat in der Osterwoche eine bedeutende Förderung erfahren. Zwei Verbandstage, die des Stukkateurverbandes und des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter, haben sich eingehend mit der Verschmelzung mit dem Verband der Maurer resp. mit der Schaffung eines Verbandes aller baugewerblichen Arbeiter beschäftigt und sind zu dem Beschlusse gekommen, daß es an der Zeit sei, das Streben nach dieser Vereinigung zu verwirklichen. Der Verbandstag der Stukkateure hat zwar diese Frage noch nicht für ganz spruchreif gehalten, aber fast alle Delegierten haben sich dahin ausgesprochen, daß es sowohl im Interesse der Stukkateure wie der Maurer und der übrigen Bauarbeiter liege, wenn alle diese Arbeiter, mindestens aber die Maurer und Stukkateure, in einer Organisation vereinigt seien. Seine prinzipielle Stellung zu dieser Frage hat der Verbandstag in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

„In Anbetracht des immer engeren Zusammenschlusses der Unternehmerverbände des Baugewerbes erklärt sich der siebte Verbandstag der Stukkateure Deutschlands prinzipiell für die Errichtung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes, hält jedoch ein Eingreifen unseres Verbandes für nicht angebracht, da diese Frage nur dann gelöst werden kann, wenn die größeren Organisationen des Bauberufs dieser Frage näher treten.“

Die zwischen den Maurern und Stukkateuren bestehenden Differenzen über Lohn und Arbeitszeit bei Arbeiten, die beiderseits ausgeführt werden, lassen sich am leichtesten regeln bei einer einheitlichen Organisation beider Verufe. Daher ist die Frage der Beseitigung der Konkurrenz nicht einfach durch einen Kartellvertrag erledigt, sondern letzterer ist nur ein vorläufiges Mittel, die Gegensätze zu überbrücken. Es ist daher die Angliederung an den Maurerverband erneut ins Auge zu fassen und muß diese Frage in den Mitgliederkreisen zur Diskussion gestellt werden.“

Einen noch präzisieren Ausdruck hat der Verschmelzungsgedanke auf dem Verbandstage der baugewerblichen Hilfsarbeiter gefunden. Die in der letzten Zeit hier und da aufgetauchten Befürchtungen, unserer Bruderorganisation könnten ihre früheren Beschlüsse leid geworden sein oder es könnten Forderungen erhoben werden, die unser Verband zurzeit nicht ausfüllen könne, hat der Verbandstag gründlich beseitigt. Nach eingehender Aussprache, wobei nur von einigen Delegierten unwesentliche Einwendungen gemacht wurden, sind die folgenden, zwischen den Verbandsvorständen vorher vereinbarten Grundlagen der Verschmelzung einstimmig beschlossen worden:

1. Der Verband führt den Namen „Deutscher Bauarbeiterverband“ oder „Zentralverband der Bauarbeiter Deutschlands“.

2. Zugelassen zum Verband sind alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter, mit Ausnahme der Angehörigen solcher Verufe, für welche eine der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossene besondere Organisation besteht.

3. Der Verband gliedert sich in Zweigvereine und Gauen.

4. Zweigvereine können errichtet werden für einzelne Orte und Bezirke, sofern mindestens zehn Mitglieder vorhanden sind.

In dem Gebiete eines Ortes resp. eines Lohn-, Arbeits- oder sonstigen gemeinsamen Interessenbezirkes, oder für mehrere Orte, die unmittelbar zusammenliegen, darf jedoch nur ein Verein bestehen. Welche Orte zu einem Vereinsbezirk gehören, ist vom Verbandsvorstand im Einvernehmen mit dem in Betracht kommenden Gauvorstand und den betreffenden Zweigvereinen festzusetzen.

5. Die Vereine können sich gliedern in Zahlstellen und Sektionen, wenn sich deren Notwendigkeit aus dem Umfang des Vereinsgebietes oder der Arbeitsteilung im Verufe ergibt.

Die Bildung solcher Abteilungen nach Orten oder Verufen unterliegt, abgesehen von den im nachfolgenden Absatz genannten Fällen, der Beschlussfassung der Zweigvereine; in Streitfällen entscheidet der Verbandsvorstand.

Für Spezialbranchen, die dem Verbande als besondere Berufsabteilung angegliedert sind, sind Sektionen zu errichten, sofern einem Zweigverein zehn oder mehr Mitglieder der in Betracht kommenden Branche angehören und diese Mitglieder die Errichtung in einer vom Vorstand des Zweigvereins einberufenen Branchen-Mitgliederversammlung beschlossen haben.

Die einzelnen Mitglieder haben sich der für ihren Wohnort resp. für ihre Branche errichteten Abteilung anzuschließen.

6. Der Vorstand des Zweigvereins soll, soweit es möglich ist, aus Angehörigen der gelernten und nichtgelernten Arbeiter zusammengesetzt sein. Sind Abteilungen (Ziffer 4) gebildet, dann ist der Zweigvereinsvorstand durch Vertreter dieser Abteilungen zu verstärken.

7. Die Verwaltung der Kasse, die Einziehung der Beiträge und die Verbreitung des Verbandsorgans soll in jedem Zweigverein einheitlich sein.

8. Gauen werden circa 20 in Aussicht genommen. Die Gaueinteilung beschließt der Verbandstag.

Der Gauvorstand soll aus sieben Personen bestehen und in jedem Falle aus Angehörigen der gelernten und nichtgelernten Verufe zusammengesetzt werden. Werden in einem Gau zwei Beamte angestellt, dann muß einer der Beamten den Reigen der Hilfsarbeiter entnommen werden.

9. Der Verbandsvorstand besteht aus elf Personen, und zwar zwei Vorsitzenden, drei Kassierern und sechs Sekretären. An der Zusammenlegung des Verbandsvorstandes sollen die gelernten und die nichtgelernten Arbeiter möglichst in Verhältnis zu der auf die einzelnen Verufe entfallenden Mitglieder beteiligt sein.

Nach denselben Grundrissen soll auch bei Zusammenlegung der Redaktion des Verbandsorgans verfahren werden.

10. Es wird als zweckmäßig und notwendig anerkannt, daß auf den Verbandstagen beide Gruppen (gelernte und nichtgelernte) möglichst ihrer Kopzahl entsprechend vertreten sind. Diesen Grundsatz im Statut zum Ausdruck zu bringen, bleibt der weiteren Erörterung vorbehalten.

11. Für die Beitragszahlung werden 40 Beitragswochen während der Monate März, bis inklusive November in Aussicht genommen. Ob die Beiträge innerhalb der einzelnen Zweigvereine für alle Mitglieder gleichmäßig oder ob zwischen den Mitgliedern der gelernten und nichtgelernten Gruppen Unterschiede nach der Lohnhöhe sein sollen, bleibt ebenfalls der weiteren Erörterung vorbehalten.

12. An Unterstützungen werden in Aussicht genommen:

- a) Streikunterstützung;
- b) Reiseunterstützung für die Zeit vom 1. Dezember bis 31. März;
- c) Krankenunterstützung; Dauer und Karenzzeit bleiben der späteren Erörterung vorbehalten;
- d) Sterbeunterstützung im Sterbefalle des Mitgliedes und seiner Ehefrau;
- e) Unterstützungen Gemaßregelter und Inhaftierter.

Ein Anspruch auf Reiseunterstützung entsteht erst nach einjähriger und ein Anspruch auf Sterbe- und Krankenunterstützungen erst nach zweijähriger ununterbrochener Mitgliedschaft.

Für den Bezug der Streikunterstützung soll eine Karenzzeit von drei Tagen und für den Bezug der Krankenunterstützung eine Karenzzeit von einer Woche gelten.

13. Die in beiden Verbänden bestehenden Rechtsschutzeinrichtungen werden auf den gemeinsamen Verband übernommen.

14. Die weiteren statutarischen Bestimmungen, auch über die Höhe der Unterstützungen, sollen den heute in beiden Verbänden bestehenden Satzungen nach Möglichkeit angepaßt werden.“

Des weiteren ist folgender Arbeitsplan zur Durchführung der Verschmelzung vereinbart worden:

1. Beide Verbände halten 1910 zu gleicher Zeit und an demselben Orte einen Verbandstag ab. Ort und Zeit werden später vereinbart.

2. Beide Verbandstage beschäftigen sich mit der Verschmelzung der Verbände. Wird diese beschlossen, dann treten die beiden Verbandstage zusammen und konstituieren den gemeinsamen Verband.

3. Als Termin für den Zusammenschluß wird der 1. Januar 1911 in Aussicht genommen.

4. Die Vorstände arbeiten für den gemeinsamen Verband einen Statutenentwurf aus und geben diesen den Mitgliedern bis zum 1. Oktober 1909 bekannt. Für die Ausarbeitung des Statutenentwurfs wird eine engere Kommission gebildet. Die Kommission besteht aus je drei Mitgliedern beider Verbandsvorstände.

Daneben werden Vorlagen ausgearbeitet, betreffend die Gliederung des gemeinsamen Verbandes (Gau-, Zweigvereins- und Sektionsbildung), ferner über die praktische Durchführung der Zusammenlegung der örtlichen Organisationen usw.

5. Mit der Bekanntgabe des Statutenentwurfs sind die Mitgliedschaften zu veranlassen, Stellung zu nehmen:

- a) zur Verschmelzungsfrage an sich, und
- b) zu dem vorgelegten Statutenentwurf.

In einer Mitgliederversammlung ist durch Abstimmung festzustellen, wer von den anwesenden Mitgliedern grundsätzlich für die Verschmelzung ist. Die Abstimmungsergebnisse werden an die Verbandsvorstände gesandt und von diesen zusammengestellt und veröffentlicht.

Einige Anträge auf Änderung des Statutenentwurfs sind möglichst drei Monate vor Stattfinden der Verbandstage zu veröffentlichen.

Nach diesen Beschlüssen dürfte kaum daran zu zweifeln sein, daß im Frühjahr 1910 die Verschmelzung der Maurer- und Hilfsarbeiterorganisationen endgültig zustande kommt. Wir freuen uns dieser Aussicht, da wir überzeugt sind, daß die Vereinigung eine Not-

wendigkeit ist, eine dringende Notwendigkeit, sowohl hinsichtlich des vielerorts florierenden Betonbaues, als auch der kommenden Kämpfe. Wir sind überzeugt, daß die Beweglichkeit und Schlagkraft der Organisation durch die Verschmelzung nur gewinnen kann. Von großer Bedeutung wird der Beschluß des Verbandstages der Bauarbeiter und seine Verwirklichung auch auf die Faltung der übrigen baugewerblichen Arbeiterorganisationen sein. Wenn auch nicht daran zu denken ist, daß der Zimmerverband in naher Zukunft ähnliche Beschlüsse faßt, so dürfte doch die Resolution des Verbandstages der Stuckateure durch die Vereinbarung zwischen den Maurern und Hilfsarbeitern eine Tragweite bekommen haben, die weit über eine prinzipielle Erklärung hinausgeht. Der hier und da beliebte Einwand, warum sollen wir gerade die ersten sein, die bis zu einem gewissen Grade die bisherige Selbständigkeit aufgeben, dürfte nun nicht mehr erhoben werden können. Und auch die Dachbeder, die sich vor zwei Jahren noch sträubten, den Anschluß an unsern Verband zu verweigern, werden wohl in Bälde erneut zu der Frage Stellung nehmen müssen und bei der in Aussicht stehenden Gründung des Allgemeinen Bauarbeiterverbandes nicht abseits stehen dürfen.

Der Grundstein zu dem neuen Bau ist gelegt. Möge es gelingen, ein Werk zu schaffen, das allen Stürmen trotzt und allen Bauarbeitern den Schutz und Schirm bietet, den sie nötig haben, um ihres Lebens froh zu werden. Nun mit frischem Mut an die Arbeit! Jeder werde lebhaft und nachhaltend für den neuen Bund, damit auch der letzte Berufsgenosse der Organisation zugeführt werde.

Das Mietskasernensystem.

Die Sozialdemokratie hat stets auch der Tatsache gehörende Aufmerksamkeit gewidmet, daß die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems den Zusammenfluß großer Volksmassen in Städten und Industriegebieten mit sich gebracht und dem privaten Grundeigentum zu einem im höchsten Grade gemeingefährlichen monopolistischen Charakter verholfen hat. Karl Marx äußert sich dazu in seinem „Kapital“ wie folgt:

„Jeder unbefangene Beobachter sieht, daß je massenhafter die Konzentration der Produktionsmittel, desto größer die entsprechende Anhäufung von Arbeitern auf geringem Raum, daß daher je rascher die kapitalistische Akkumulation, desto elender der Wohnungsstand der Arbeiter ist. Die den Fortschritt des Reichstums begleitende Verbesserung der Städte durch Niederreißen schlecht gebauter Viertel, Errichtung von Palästen für Banken, Warenhäuser usw., Reinigung der Straßen für Geschäftszwecke und Luxuskarossen, Einführung von Straßenbahnen usw., verjagt augenscheinlich die Armen in stets schlechtere und dichter gefüllte Schlupfwinkel. Andererseits weiß jeder, daß die Höhe der Preise der Güter steht, und daß die Mieten des Elends von Häuserbesitzern mit mehr Profit und weniger Kosten ausbeutet werden, als jemals die Mieten von Botschaften.“

Engels in seinem Buche: „Die Lage der arbeitenden Massen in England“ als das charakteristischste Merkmal der heutigen Wohnungsnot, die „eigentümliche Verschärfung, die die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch den plötzlichen Andrang der Bevölkerung nach den großen Städten erleiden haben; eine kolossale Steigerung der Mietpreise, eine noch verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern.“

Grund und Boden ist nur in beschränkter, nicht beliebig zu vermehrender Menge da; städtische Häuser sind eine

nur in beschränktem Maße vermehrbare Ware, während das Bedürfnis nach Wohnungen sich auf immer größere Massen erstreckt. Daraus resultiert der monopolistische Charakter des Grundeigentums. Zunächst nutzen die Eigentümer der Baustellen ihren Monopolbesitz aufs äußerste aus. Denn ohne Baustelle kein neues Gebäude, ohne dieses keine neuen Wohnungen. Grund und Boden, die Häuser, die Wohnungen sind Spekulations- und Wucherobjekte.

Diesem Monopolismus ist das Mietskasernensystem entwichen. Die Ausbeutung unserer Großstädte, Berlins, Hamburgs usw., hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte hauptsächlich auf der Grundlage dieses hygienisch, ästhetisch und ethisch höchst bedauerlichen Systems vollzogen. Galt es doch, einer stetig anwachsenden Bevölkerung neue Wohngelegenheit zu schaffen. Berlin zum Beispiel, das bei Begründung des Reiches nur eine Einwohnerzahl von etwas über 800 000 hatte, zählt heute über 2 Millionen und mit den Vororten etwa 3 Millionen Einwohner.

Gegenüber den vielen scharfen Kritiken, die das Mietskasernensystem im Laufe der Jahre erfahren hat, ist von Vertretern des privatrechtlichen Interesses oft behauptet worden, dieses System und seine Entfaltung sei „unvermeidlich“, eine „unbedingte Notwendigkeit“. Daß diese Behauptung haltlos ist, zeigt das Beispiel englischer, belgischer und nordamerikanischer Großstädte. Während die Zahl der auf ein Haus entfallenden Bewohner in Berlin 1905 77,54 betrug, belief sie sich in London im Jahre 1901 auf 7,93 (also in der noch einmal so großen Stadt etwa ein Neuntel), in Birmingham auf 4,84, in Manchester auf 7,93 und in Liverpool auf 5,55. Dem entsprechen auch die Bodenpreise. Fast ganz London ist bekanntlich auf gepacktem Boden erbaut. Es gibt interessante Zusammenstellungen Groß-Berliner und Londoner Bodenpreise gegen die ihnen entsprechenden Bauten (von Hofmann-Hohenaspe). Daraus geht hervor, daß zwar im Geschäftsviertel die Londoner Preise zum Teil das Dreifache der Berliner betragen, dafür aber in den Wohnvierteln in den entsprechenden Lagen oft nur der gehobenen Teil, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß in England die Volksdichte zäher am Einfamilienhaushalt festhält.

In Deutschland begünstigen Bauordnungen, Bebauungspläne und eine falsche Bodenpolitik des Staates und der Gemeinden den Mietskasernenbau, und zwar oft in einer Weise, die dem normalen Menschenverstand hohnspricht. Im neuesten Heft des „Jahrbuchs für Bodenreform“ bringt der Architekt Hermann Janßen, der die Herstellung der Unterlagen zu dem großen Wettbewerb für einen einheitlichen Bebauungsplan für Groß-Berlin ehrenamtlich geleistet hat, einen Artikel, in dem Tatsachen enthüllt werden, die das ernste Interesse der weitesten Bevölkerungsschicht verdienen. Während das Gebiet des Stadtbezirks Berlin (6326 Hektar) und das der innerhalb der Ringbahn gelegenen Vororte (3000 Hektar) mit fünfgeschossiger Bebauung etwa 9325 Hektar groß ist (Wien nur 2890 Hektar), beträgt der hieran anschließende Bezirk mit viergeschossiger Bebauung von Groß-Berlin bereits 40 587 Hektar. Auf diese 40 587 Hektar der Berliner viergeschossigen Vorortzone kommen bei einer Durchschnittsbefriedung von nur 300 Menschen auf einen Hektar nicht weniger als zwölf Millionen Bewohner! Bereits jetzt sind nach Janßens Darlegungen Bebauungspläne für Groß-Berlin genehmigt, die den Mietskasernenbau in einem Umfang erlauben, daß Berlin 12 Millionen Einwohner erhalten kann, die alle in vierstöckigen Gebäuden wohnen müßten. Janßen weist darauf hin, daß diese Tatsache alle Hoffnungen auf künstlerischem und hygienischem Gebiete erlöschend muß, und daß es lediglich dem Einfluß der Exzentrizität zuzuschreiben ist, wenn eine derartige unnatürliche Ausdehnung der Mietskasernen, dieser Massengräber des Volkswohlfandes, eintritt.

Nicht nur für Berlin haben diese Tatsachen Bedeutung; alle wachsenden Städte sind in der gleichen Gefahr, so daß Janßen mit Recht von einer nationalen Gefahr spricht. Er fordert entschieden die Beseitigung der Bauordnungen, die eine vernünftige Entwicklung verhindern. „Gelingt es nicht, diese ungeligen Bauordnungen mit kühnem Federstrich alle über Bord zu werfen, des-

gleichen die mit ihnen belasteten, noch unausgeführten Bebauungspläne... so vollzieht sich vor unsern Augen eine Katastrophe, deren Umfang und Folgen gar nicht abzuschätzen sind.“

Mit diesem Stück Reform allein ist es nicht getan. Es muß hinzukommen die völlige Beseitigung der Boden-Monopolwirtschaft. Staat und Gemeinde sind gezwungen zu beschließen, unter ausgiebiger Anwendung des Expropriationsrechtes ihre Angehörigen ausreichend mit guten und gesunden Wohnungen unter Vermeidung des Mietskasernensystems zu versorgen. Jede Gemeinde ist zu ermächtigen, die innerhalb ihres Territoriums belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke, soweit sie für Wohnzwecke gebraucht werden, nach dem natürlichen und örtlichen Ertragswerte zu expropriieren. Mangelte es der Gemeinde dazu an den nötigen Mitteln, so hat der Staat dieselben unter billigen Bedingungen zu beschaffen. Auf einem andern Wege wird es nicht möglich sein, die Wohnungsfrage gründlich zu lösen.

Baugewerbliche Verbandstage.

I.

36. Jahrestag der baugewerblichen Hilfsarbeiter.

Drei unserer baugewerblichen Bruderorganisationen haben in diesen Tagen ihre Verbandstage beziehungsweise Generalversammlungen abgehalten: der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter in der Obersteiermark in Geln, der Zentralverband der Stuckateure zu derselben Zeit in Geln, und der Zentralverband der Zimmerer diese Woche in Stuttgart. Alle drei Tagungen sind für unsern Verband von außerordentlicher Bedeutung, wenn auch in verschiedener Beziehung. Auf den Verbandstagen der Stuckateure und Hilfsarbeiter wurden Beschlüsse gefaßt, die geeignet sind, ja mit Gewißheit erwarten lassen, daß das bisherige Grundstücksverhältnis noch enger geknüpft wird. Ein etwas anderes Bild mag die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer ergeben; auch dieser Tagung auf Veranlassung der beschiedenen Verbände zu einem Bauarbeiterverband vor, aber der Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung läßt nicht darauf schließen, daß diese Anträge irgendwelchen Erfolg haben könnten. Doch darüber werden wir ja im Laufe dieser Woche einiges erfahren und in der nächsten Nummer unseres Blattes berichten können. In dieser Nummer wollen wir die Verhandlungen des Verbandstages der Bauhilfsarbeiter Revue passieren lassen.

Es ist eine außerordentlich ereignisreiche Periode, über die der Verbandstag Rücksicht zu halten hatte. Eine sehr umfangreiche Lohnbewegung, darunter die Berliner im Jahre 1907, und dann die zentralen Verhandlungen 1908: Welches außerordentliche Vorgänge, deren Folgen sich noch recht oft in den Debatten wie ein fernes Wettergrollen bemerkbar machen. Dann die furchtbare Arbeitslosigkeit, die gerade die baugewerblichen Arbeiter besonders hart in Mitleidschaft zog. Diese Faktoren haben recht heftig am Vorne der Organisation gehandelt, aber wenn auch manch weites Blatt fiel, erfüllten konnte sie nicht. Für die nächste Zeit stehen ebenso wichtige Aufgaben bevor. Der Verbandstag hatte bereits zu der Lohnbewegung für 1910 Stellung zu nehmen. Dazu kam die Vermittelungsfrage. Der Verbandstag hatte, diesen Gegenstand nicht als besonderen Punkt auf die Tagesordnung gestellt, der Verbandstag hielt ihn aber für so wichtig, daß er ihn an die zweite Stelle setzte. Die Tagesordnung umfaßte neun Beratungspunkte, und neben Anzahl Vor schläge wichtiger Natur lagen 377 Anträge des Vorstandes und der Zweigvereine zur Beratung vor.

An der Verhandlung nahmen teil: 66 Delegierte der Zweigvereine, 15 Ganerleiter, vier Vertreter des Hauptverbandes sowie Vertreter des Ausschusses, der Redaktion und der Pressekommision. Der Vorstand dieses Verbandes hatte den Kollegen Vömel mit der Vertretung betraut; ferner hatten der österreichische Bauhilfsarbeiterverband, der holländische Maurer- und Bauhilfsarbeiterbund sowie die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands je einen Vertreter entsandt.

Die Verträge über die verschiedenen Tätigkeitsgebiete nahmen der Verbandstag in einer geschlossenen Sitzung entgegen. Es ergaben, daß die Organisation trotz der Krise mit Nachdruck und Erfolg auf allen Gebieten tätig war. Der Verband bereite sich zum ersten Male an der internationalen Maurer- und Bauhilfsarbeiterkonferenz in Stuttgart und

Schmuckanlagen in städtischen Straßen.

Von Friedrich Gutz, Architekt.

(Nachdruck verboten.)

Die malerische Wirkung alter Städte beruht namentlich auf der zum Teil recht willkürlichen Gruppenbildung aus der krummen Führung enger Straßen, welche dem Wanderer, sobald er die nächste Biegung der Straßengasse erreicht, immer wieder ein neues Bild darbieten. Man kann nicht leugnen, daß auch ganz reizvolle Gebäude dieser alten Städte uns noch heute recht malerisch erscheinen, weil sie Teile von Gruppen recht ungleicher Gebäude bilden. Gerade in dem Vor- und Zurückbringen ungleicher Gebäudemassen vor und hinter die Front, in dem Emporstreben von Giebeln, Eckornsteinen, Aufsätzen jeder Art über die normale Gebäudehöhe erheben wir ein dekoratives Element; und desselben Mittels bedienen sich die Baumeister moderner Landhäuser, indem sie die verschiedenen Räume nicht in eine Gebäudemasse und nicht unter einem ebenen Dach und ein horizontales Gefälle bringen, sondern einer Ecke vorbringen, dort eine Loggia zurücktreten lassen, das Dach durch Mansarden Türmchen, Dachreiter, Giebel u. dergleichen gliedern.

Bei der modernen Stadt ist dieses System, sofern man nicht ausdrücklich im Geschmack eines alten Stadtteils bauen will oder dazu von der Behörde genötigt wird (hier kommt z. B. Nürnberg in Betracht), ausgeschlossen; namentlich in großstädtischen Straßen, wo der Grund und Boden außerordentlich teuer ist, baut jeder möglichst so hoch, wie es die Baupolizei erlaubt. Die Höhe wird durch die Breite der Straße bestimmt, und in der Regel ist ein Höchstmaß durch die betreffende Ortsbehörde vorgeschrieben. Die logische Folge ist, daß die Gebäude einer Straße — von

seltenen Ausnahmen abgesehen — sämtlich eine Höhe aufweisen, begnügt sich sehr gering differenzieren. Das ist der Mietskasernenstil, durch den Berlin eine nicht gerade klassische Verwahrlosung erlangt hat, und leider haben dies auch andere Großstädte nachgemacht. Die Eintönigkeit dieser gewaltigen Baumassen wird nur durch wenige Erker und Türme unterbrochen oder durch die Architektur sonst belebt, und das auch nur in den vornehmen Vierteln. Seltene Ausnahmen bilden Straßen, die nach Vorwurf der maßgeblichen Behörden landhausartig gebaut werden. Jetzt gilt es, ein neues Element einzuführen, um diese Großstadtsstraßen freundlicher erscheinen zu lassen. Sie sind gegenüber den Straßen alter, deutscher Städte breit und geradlinig — zwei Eigenschaften, die es ganz besonders ermöglichen, das ganze Straßenbild auf einmal zu umfassen, und das ist gerade ein Umstand, der dies Straßenbild, selbst bei monumentaler Wirkung, recht eintönig erscheinen läßt. Wenn man eine Straße von 50 oder 100 Häusern längenausdehnung durchwandert — es gibt ja in Großstädten viel längere Straßen — so kennt man das Bild schon nach 20, 30 Schritten ziemlich genau; es ändert sich aber auch unwesentlich mit jedem Schritte, den wir zurücklegen. Nicht als Häusermassen gleicher Höhe rechts und links, und die breite Fläche des Straßenpflasters. Es bleibt ganz allein dem Zufall des Betrachters überlassen, in dieses Bild eine Abwechslung hineinzubringen. Es lag nahe, diese breiten Straßen, die ja größtenteils viel breiter angelegt sind, als es der Verkehr erfordert, mit den Reizen einer Promenade zu versehen; belaubte Bäume bilden nicht nur für die Straße ein hübsches Schmuckelement, sie entziehen auch dem Wanderer die Möglichkeit, auf einmal das ganze Straßenbild zu überfliegen — es wird ihm schrittweise ein neuer Teil des Straßengefüges entziffert. Das ist doch wenigstens etwas. Die an den Rand des Bürgersteiges gesetzten Azaleen, Kastanien, Linen, Rothorn usw.

sind denn auch heute sehr beliebt. Man ist dann noch weiter gegangen und hat in den Straßen, die zwar in Rücksicht auf Luft und Licht für die hohen Mietskasernen sehr breit angelegt wurden, aber für den Verkehr auch in halber Breite genügt hätten, Promenaden oder Schmuckplätze in der Mitte der Straße angelegt, so daß man z. B. auf beiden Seiten neben den Bürgersteigen zunächst je einen Fahrweg erhält, und zwischen diesen die von Bäumen eingefassten Promenaden. Vordere Vorrichtung ist die Anlage eines Reitweges in dieser Verbindung, weil durch die Pferde der Staub aufgewirbelt wird und außerdem hier ein breiter Streifen des Straßenlandes einer bevorzugten Klasse geopfert wird, während die übrigen Passanten nicht den geringsten Vorteil davon haben. Reitwege haben sich nur ausnahmsweise in ganz breiten Straßen als zweckmäßig erwiesen, wo auch noch Raum für Promenaden und Schmuckflächen verblieb. Einer der schönsten Anlagen dieser Art stellt die Xauengienstraße in Berlin W. dar.

Hier ist der mittlere, als Promenade dienende Teil sehr breit gehalten; er ist beiderseitig von Bäumen, schönen Blumenbeeten und Gehängen aus rankenden Pflanzen eingefasst, während die Bäume dieser Straße an den Rand des Bürgersteiges gesetzt sind. Kurzum, die Schmuckanlagen und Baumpflanzungen lassen sich in mannigfacher Weise kombinieren, und ich glaube die Lösung steht dann als eine glückliche bezeichnen zu dürfen, wenn jene, die die Straße lediglich als Verkehrswege benutzen und sie durchfahren, von denen getrennt werden, die sie zum Spaziergang benutzen. In der Tat müssen in der Großstadt, wo gar nicht genug Parkanlagen geschaffen werden können, auch die Schmuckplätze in den breitesten Straßen dem Zwecke der Erholung dienen.

Einen ganz neuen Weg hat die Stadt Charlottenburg eingeschlagen. Es ist häufig schwer, in der Großstadt neben

stellte wichtige Verbindungen mit dem Auslande her. Durch unendliche Agitation, durch Flugblätter und besonders durch Herausgabe der Broschüren „Die Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse“ sowie „Ein Beitrag zur Geschichte des Verbandes unter Mitwirkung der Tarifverträge“ ist versucht worden, die geistige Entwicklung der Mitglieder zu fördern. In der Vorberichtsperiode hatte der Verband 644 Lohnbewegungen zu erledigen, 191 ohne Arbeitslosenstellung; die übrigen verteilten sich auf 189 Angriff- und 154 Abwehrkämpfe, 17 Ausperrungen. 282 Bewegungen endeten erfolgreich, 176 mit teilweisem Erfolg, 90 blieben erfolglos und von 47 Bewegungen ist dem Vorstande das Resultat unbekannt geblieben. Der praktische Erfolg zeigt sich darin, daß 15 789 Kollegen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von 45 823 Stunden und eine wöchentliche Lohnerhöhung von 170 005 erhielten. Diese Bewegungen erforderten eine Ausgabe von M. 1 082 170. Die Ausgaben für die übrigen Unterhaltungsabteilung aller Art stieg in der Vorberichtsperiode ganz enorm, trotzdem wuchs das Verbandsvermögen von M. 826 284 am Schluß des Jahres 1906 auf M. 1 298 148 im Jahre 1908. Das ist eine Steigerung von M. 466 691. Wie nicht anders zu erwarten, hat die außerordentliche Arbeitslosigkeit auf den Mitgliederstand einen ungünstigen Einfluß ausgeübt, aber der Rückgang ist bei genauer Würdigung aller in Frage kommenden Faktoren verhältnismäßig gering. Der Verband hatte im Jahre 1906 im Durchschnitt einen Mitgliederstand von 70 600, dagegen im Jahre 1908 nur 55 000, was einen Rückgang von 15 600 ausmacht. Aber es machen sich bereits die Folgen der außerordentlichen Arbeitslosigkeit in verschiedenen Abteilungen bemerkbar. Die Aufnahme neuer Mitglieder steigt sich wieder von Woche zu Woche und es ist zu hoffen, daß im Laufe des Jahres der Ausfall wieder Welt gemacht wird. — Am Ende schloß sich eine eingehende Diskussion, in der an der Tätigkeit des Vorstandes nur wenige Ausstellungen gemacht wurden.

Nach Erledigung der Berichte wurde die Verarmungsfrage behandelt. Der Vorstandsvorsitzende Genosse Wehrnt gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Maurerverband auf seinem letzten Verbandstage der Verarmungsfrage im Prinzip zugestimmt und damit den bisherigen Widerstand aufgegeben habe. Die Verarmungsfrage liege im Interesse beider Verbände und sei eine ökonomische und tatsächliche Notwendigkeit geworden, die im Interesse der gesamten Bauarbeiter nicht mehr weiter hinausgeschoben werden dürfe. Es dürften aber auch keine Dinge dazu führen, die dem Zusammenhalt der Verbände schaden könnten. Besondere sei eine Diskussion über die Einführung der Arbeits- oder Gewerkschaftsunterstützung nicht jetzt möglich. Es fehlte heute auch an jeder rechtlichen und finanziellen Unterlage. Das ganze Angelegenheit müsse zunächst auf die bevorstehenden Kämpfe gerichtet werden. Der Referent unterbreitete dem Verbandstage zwei Vorlagen, die zwischen dem Verbandsvorstand des Maurer- und Baucharbeiterverbandes vereinbart sind (Wir haben sie in dem Beilagenheft der heutigen Nummer abgedruckt). Die Debatte, und ersuchte, der Verarmungsfrage einstimmig zuzustimmen und die Vorlagen anzunehmen.

Kollege Wöhrnt sprach gleichfalls in warmen Worten für die Verarmungsfrage und wendete sich gegen die irrthümliche Auffassung, daß er ein grundsätzlicher Gegner der Verarmungsfrage gewesen sei. Es fehlte bis vor kurzem an den erforderlichen Vorbedingungen. Zugunsten haben sich die Produktionsverhältnisse in unserm Verstele wesentlich geändert, und die Organisation der Baucharbeiter habe eine so gesunde Entwicklung genommen, daß jetzt die Verarmungsfrage nicht nur dringend notwendig, sondern auch durchführbar und ein zweckmäßiges und erfolgreiches Zusammenarbeiten im gemeinsamen Verband gefördert sei. Vier Gründe sind es, die ihn veranlassen, jetzt der Verarmungsfrage das Wort zu reden. Erstens die Entwicklung des Betonbaues. Wenn die Arbeiter dieser Branche ihre Interessen wirkungsvoll vertreten sollen, so dürfen sie nicht länger in mehreren Organisationen gesplittert bleiben, wodurch nur ihre Widerstandskraft gekürzt und die Aktionsfähigkeit herabgemindert werde. Zweitens lehre die Entwicklung der Unternehmersonorganisation den Bauarbeitern einen engeren Zusammenhalt, und mehr als mit Worten gesagt werden könne, habe die vergangene, die erste auf zentraler Grundlage geführte Lohnbewegung, die Notwendigkeit einer engeren Zusammenkühlung gelehrt. Drittens haben die Mitglieder des Maurerverbandes durch ihre Delegierten auf dem letzten Verbandstage ihre Willensäußerung bekundet und fast einstimmig und ohne Diskussion den Zusammenhalt im Prinzip beschlossen.

und zuletzt erscheine der Zeitpunkt besonders geeignet, weil jetzt noch die Personentage zu aller Aufrechterhaltung gelöst werden könne. Es sind nicht die Ideen einzelner Personen, die die Verarmungsfrage hemmen oder fördern, sondern die veränderten Bedingungen und Produktionsverhältnisse erfordern diese Aenderung und wir würden den Interessen der Bauarbeiterchaft einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir den Verhältnissen nicht Rechnung tragen wollten. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung dürfe aber nicht dazu führen, daß die Arbeiter sich in der Verarmungsfrage nicht beteiligen würden. Obgleich der Maurerverband kein prinzipieller Gegner dieses Unterhaltungsabzweiges ist, müßte doch gesagt werden, daß vorläufig an die Einführung für das ganze Jahr nicht gedacht werden könne, und ob sie für die neun Sommermonate durchführbar sei, müßten erst die Ergebnisse der Erhebungen ergeben.

Die Diskussion stand auf der Höhe der Situation und wurde mit regem Eifer und eifrigen Verhandlungen geführt. Leider müssen wir es uns verlagern, alle trefflichen Ausführungen hier wiederzugeben. Von den 21 Rednern traten 18 unbedingt für die Verarmungsfrage ein. Sie erwarteten von dem gemeinsamen Verband eine viel nachhaltigere und umfassendere Agitation, als es jetzt möglich ist, und eine schnellere Hebung der materiellen Lage und des geistigen Lebens des Bauarbeiterstandes. Die Widerstrebenden sind keine Anhängen des Gegners der Verarmungsfrage, und ihre Bedenken könnten an den wackeligen Argumenten und ungleichen Tatsachen nichts ändern. Es war ein erhebender Augenblick, als am Schluß der Diskussion in namentlicher Abstimmung die Verarmungsfrage einstimmig beschlossen wurde.

Es folgte die Berichterstattung über verschiedene Kongresse. Während man den Bericht des Internationalen Maurer- und Baucharbeiterkongresses beifolles entgegennahm und den Beschlüssen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen (einheitliche Mitgliedslegitimation) zustimmte, rief die Frage der Auswanderung, die auf dem Internationalen Arbeiterkongress behandelt wurde, eine eingehende Debatte hervor. Sie bewegte sich in denselben Bahnen wie die auf unserem Verbandstage in Hannover. Bei dem Bericht vom Gewerkschaftskongress verlangten einige Redner, daß der Bauarbeiterverband energischer für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten solle. Der Verbandstag wiederholte hierzu einstimmig die Resolution des Leipziger Verbandstages vom 1905, in der die Beschlüsse des Internationalen Kongresses anerkannt und den Mitgliedern empfohlen wird, für diese Beschlüsse nach Kräften einzutreten. Ein Satz der Resolution lautet aber: „Jedoch kann es nicht Aufgabe des Verbandes sein, die Arbeitsruhe unter allen Umständen und unter Aufwendung von Mitteln aus der Verbandskasse zu erzwingen.“

Lohnbewegung und Streiks war der nächste Beratungsgegenstand. Der Referent ließ die Einzelheiten der vorjährigen Bewegung Revue passieren und kam zu dem Schluß, daß der Vorstand, wenn er die Interessen der Mitglieder richtig vertreten wollte, eine andere Taktik nicht einschlagen dürfte. Heute seien es die Mitglieder, auch ein und es befänden wohl kaum noch Meinungsverschiedenheiten. Zur nächsten Jahres Lohnbewegung unterbreitete der Referent dem Verbandstage Beschlüsse, wie sie auch auf unserm Verbandstage in Hannover beschlossen hat. In der Diskussion wurde wiederholt die Frage gestellt, daß anlässlich der vorjährigen Bewegung der Vorstand zu eigenmächtig vorgegangen sei und die Mitglieder nicht genügend befragt habe. Wären die örtlichen Organisationen eingehender unterrichtet gewesen, so hätte sich eine so feste Opposition nicht ergeben. Ein Redner wünschte überhaupt eine andere Stellungnahme zu dem Tarifvertrag und zur Unternehmersonorganisation; er wußte aber den Beschlüssen nichts Passendes entgegenzusetzen, die schließlich einstimmig Annahme fanden.

Zur Vorbereitung der zum Statut gestellten Anträge war eine Kommission eingesetzt worden. Diese hatte sich viele Beschränkungen auferlegt und empfahl, alle Anträge abzulehnen, die eine Entfremdung von der für das gemeinsame Statut des neuen Verbandes gedachten Linie bewirken könnten. Der Verbandstag stimmte dem zu; es wurden nur unwesentliche Aenderungen vorgenommen. Die Anträge zu Arbeitslosenunterstützung fanden durch die Annahme der Anträge Bremen, Eisenach und München ihre Erledigung. Der Verbandstag beauftragt den Hauptvorstand, statistische Erhebungen zu veranlassen zwecks Unterlagen zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Die bisherigen Vorstandsmittelglieder wurden wiedergewählt; nur in der Bewegung der Posten wurde eine zweckdienliche Verchiebung vorgenommen.

Damit hatte der Verbandstag seine Tagesordnung erledigt. Alles in allem machten die Verhandlungen einen imposanten Eindruck. Die Debatten wurden mit Ruhe und Sachlichkeit geführt und legten Zeugnis ab von der erzieherischen Kraft der Organisation; sie unterließen sich durch nichts von den Tagungen „qualifizierter“ Arbeiter, was ernsthaft auch wohl niemand behauptet hat. Wenn in unsern Kreisen hin und wieder solche Ansichten aufgetaucht oder noch vorhanden sein sollten, so werden sie bald schwinden, wenn aus dem jetzigen Verlobungsverhältnis der beiden Verbände das feste, auf gegenseitiger Achtung und Hilfe in Not und in Gefahr beruhende Gebündnis hervorgegangen ist. Dies vorzubereiten und durchzuführen, ist jetzt Aufgabe der Beauftragten beider Organisationen.

Politische Umschau.

Der Kampf um die Reichsfinanzreform. Sozialdemokratische Protestkündigungen. Kundgebungen aus bürgerlichen Kreisen. Protestruern. Finanzlage des Reiches. Ein böser Geburtstag. Konterrevolution in der Türkei.

Wenn unsern Lesern diese Nummer unfres Blattes zugeht, wird der Dienstag seine Osterferien beendet haben und wieder zusammengetreten sein. (20. April.) Das Interesse aller Volkskreise ist natürlich mit äußerster Spannung auf die Frage gerichtet: wie wird sich der Reichstag mit der Reichsfinanzreform abfinden? Denn schließlich kann nur noch von einem „Abfinden“ die Rede sein. Die Sache ist so zerfahren wie nur möglich. In der Zeit der Reichstagsferien hat die Volksbewegung, die sich mit den Steuerentwürfen beschäftigt und Stellung zu ihnen nimmt, nochmals sehr kräftig eingesetzt. In erster Linie stand wieder die Protest- und Demonstrations-Propaganda der Sozialdemokratie. Der Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteivorstandes, von dem wir in letzter Nummer unfres Blattes Notiz nahmen, hat eine sehr befriedigende Wirkung gehabt. In allen Teilen des Reiches haben viele Hunderte von Volksversammlungen stattgefunden, in denen die oppositionelle Stellung der arbeitenden Klassen gegen die ungerechte Art, wie Regierung und herrschende Parteien die Reichsfinanzreformfrage lösen wollen, einen demotografischen Ausdruck fand. Es verband sich damit eine Kundgebung gegen die Verfälschung in der Reichspolitik, insbesondere gegen das persönliche Regiment und das Gend des Weltkriess. In allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die im wesentlichen folgendes besagen:

Seit Jahrzehnten steigern sich die kriegerischen Kriistungen der Großstaaten unangebrochen, und zwar ist das Deutsche Reich in erster Linie dafür verantwortlich, indem es durch die persönliche, von zufälligen Stimmungen und Einflüssen bestimmte Politik ein Element der Unruhe geschaffen hat. Die Lasten wachsen überall ins Ungemeine und Unentragliche, und daraus entsteht die Gefahr, daß ein geringfügiger Anlaß zum Weltkrieg führen kann, weil der bewaffnete Friede als unhaltbar betrachtet wird.

Die Versammelten protestieren gegen die Völkerverflechtung, die in engem Zusammenhang mit den Kriegsrüstungen steht, und verlangen von der Regierung und dem Parlament, daß die Abrüstung erfolge unter gleichzeitiger Fürsorge, daß nicht wieder persönliche Neigungen zu einer Gefahrgrenze werden.

Als unmittelbare Folge der Kriistungen ist die Finanznot des Reiches zu betrachten, das trotz schwerer Belastung des Volkes die laufenden Ausgaben nicht mehr decken kann. Neue enorme Steuern sollen eingeführt werden, und zwar abermals in der Hauptsache indirekte Steuern, die die Konsum-

den breiten Fahrbahnen für die Straßenbahn und sonstige Fußwege auch noch breite Rasenflächen zu gewinnen. Aber diese breiten grünen Flächen wirken gerade in breiten Straßen recht wohlthuend auf das Auge, sie bringen Farbe in das graue Bild. Nun ist man darauf verfallen, die Fahrbahnen, die nur von der Straßenbahn benutzt werden, als Rasenflächen auszubilden; man sagte sich, die Straßenbahnen, die an ihren Schienenwegen gebunden ist, könne die Rasenfläche nicht zerstören, und so könne man diese Fläche zugleich zwei Aufgaben dienstbar machen. Man begann mit Verjuden in der Gartenbergstraße, die außerordentlich glänzend ausfielen, und wendete dasselbe System dann in der sehr breiten Wismarstraße an, die einen Teil der sogenannten Döberitzer Heerstraße bildet.

In den meisten Großstädten werden heute auch die Bürgersteige für den großen Verkehr zugestrichen, ein Verkehr, der sich aber höchst selten einmal in einer dieser Straßen entwickelt. Denn in jeder Großstadt gibt es eben Verkehrscentren, während der weitaus größte Teil aller Straßen nur Wohnstraßen mit einem verhältnismäßig bescheiden Fußgängerverkehr sind. Nichtsdestoweniger werden die Bürgersteige breit und vornehm angelegt, gleichsam, als wenn die Verachtung sagen wollte: es kommt uns auf ein paar Quadratmeter Pflasterstein nicht an. Jetzt sind aber einige Stadtverwaltungen schon zu der Einsicht gekommen, daß diese Bürgersteige auch dann noch sehr reichlich bemessen sind, wenn man einen breiten Streifen gar für Blumenbeete benutzt. Es ist nicht zu leugnen, daß wohlgepflegte, bunte Blumenbeete außerordentlich erhellend auf das ganze Straßenbild wirken und daß sie wesentlich dazu beitragen, die oft des Fußgängers durch ein ruhiges Tempo zu ersetzen. Wir Großstädter fahren alle viel zu viel selbst eine Entfernung von einem Kilometer wird bei uns schon lästig. Wir müssen uns wieder

daran gewöhnen, zu gehen, und die, die die Straßen anmutiger zu gestalten vermögen, sind berufen, uns wieder das Wandern in der Stadt anzugewöhnen.

Ein altes Mittel, die Straßen gefälliger zu gestalten, bilden die sogenannten Vorgärten. Das Mittel ist alt, aber es hat sich auch als recht ungewöhnlich erwiesen. Der Vorgarten wäre gar nicht übel, sofern nicht jeder die wenigen Quadratmeter, die zu seinem Hause gehören, wie ein Erbgutgraben mit einem schmedebsernen Gitter umschließen würde. Es ist, als ob jeder sagen wollte: das Stück gehört mir! Und wenn die Gitter nun auch noch von breiten Eisen unterbrochen werden, so sieht man beim Durchwandern der Straße infolge der Verkürzung der Rängenabstände fast nichts von den Gärten hinter den Gittern, sondern nur die dicht aneinander gereihten Gitterstäbe und Pfeilerflächen. Wenn man sich aber direkt an die Eingänge stellen muß, um den Garten zu sehen, so kann er selbstverständlich nicht als Hauptsehensobjekt für die Straßenbefahrung in Betracht kommen. Dazu kommt, daß diese Gärten von vielen Hausbesitzern auf das gründlich vernachlässigt werden, während hier ein Zugang zu einem Hausort, dort ein Zugang zu einem Laden geschaffen wird, so daß nicht einmal eine einseitige Durchführung der Gitterfront möglich ist. Hierzu tritt dann noch in der Regel eine Ortsbestimmung, wonach die Behörde jeberzeit die Vorgärten einzuziehen und am Straßenrand zu schlagen vermag, obgleich die Anwohner während des Bestehens der Gärten nicht allein die Gartenunterhaltung an den Gärtnern, sondern auch noch eine Gebühr an die Kommune zu zahlen haben. Man sollte sich der Einsicht gelangen, daß die Vorgärten, die in den städtischen Straßen nur selten jemandem Freude bereiten, hier überhaupt nicht am Platz sind, und daß es in der Tat weit zweckmäßiger wäre, diese Gärten der Straßenfläche einzuverleihen und dafür vor den Häuserfronten nach einem Plane der Orts-

behörde größere Schmutzflächen anzulegen. Wenn dann Wege als Zugänge zu den Läden und Hauseingängen frei bleiben, so werden diese weit weniger auffallen als die Läden in den hohen Gittern und nicht stören wirken. Auf diese Weise haben alle Passanten einen Genuß von den dem Schmutz der Straße dienenden Flächen, während diese sonst hinter Gittern eingeschlossen liegen und von den meisten Bewohnern vernachlässigt werden, da man ja doch in einem solchen Garten nicht sitzen kann, ohne sich dem Raseln der Wagen, dem Raseln der Automobile und den Widen der Reutigen aussetzen. Und als unpraktisch könnte man diese Schmutzflächen vor den Häusern auch nicht bezeichnen — denn hier, unmittelbar an den Fronten, braucht niemand entlang zu gehen — dazu sind ja die Platten in der Mitte des ohnein sehr breit angelegten Bürgersteiges da. Ich habe auch solche Schmutzflächen unmittelbar vor den Häuserreihen schon vereinigt gesehen — ein Versuch in einer bisher mit Vorgärten versehenen Straße würde jedenfalls in recht umfassender Weise Nachahmung finden. Solche Schmutzflächen unmittelbar vor den Häusern sind aber auch in Straßen mit breiten Bürgersteigen sonst recht angemessen. Die Unterhaltungskosten des Bürgersteiges werden dadurch nicht erhöht, sondern verringert, und eine vom Stadtbauinspektor Wiese aufgestellte Berechnung ergibt, daß die Anlagekosten einer großstädtischen Normalstraße von etwa 23 m Breite pro Meter M 35 mehr betragen, als bei Anlage einer gleich breiten Straße mit Schmutzplätzen vor den Häusern und eingeschränkten Verkehrsflächen durch Rasenflächen usw.; man würde dadurch also noch große Ersparnisse erzielen. Aber darauf lege ich gar nicht einmal besonderes Gewicht; ich halte die Vorgärten derartiger Schmutzflächen in großstädtischen Straßen für so bedeutend, daß sie auch dann die Beachtung der städtischen Baubehörden verdienen, wenn Ersparnisse nicht zu erzielen sind.

aktuell der breiten Masse treffen, während sich gegen eine die großen Vermögen treffende Nachlasssteuer die Besitzenden und ihre Vertreter aufs äußerste wehren.

Der Protest der Versammlungen richtete sich weiter gegen neue indirekte Abgaben als gegen eine ungeheure Ausbeutung des arbeitenden Volkes und eine ungerechte Begünstigung der Reichen, die allein ein Interesse an der Ursache der Finanznot, nämlich an den Rüstungen haben.

Auch sprachen die Versammlungen die Ueberzeugung aus, daß nur durch Selbstregierung der Nation und Demokratisierung des öffentlichen Lebens Abhilfe geschaffen und eine bessere Zukunft gewährleistet werden kann und daß das arbeitende Volk seine einzige Vertretung in der Sozialdemokratie zu sehen hat.

Dazu haben sich auch neue viele Hunderttausende von Männern und Frauen der arbeitenden Klassen in den Versammlungen bekannt. Und andre Hunderttausende, ja, wir dürfen wohl sagen Millionen, teilen ihre Ueberzeugung.

Die Finanzreformbewegung hat auch eine sehr beachtenswerte Rundgebung der Mittelschandsvereinigungen gegiebt. Die dieser Vereinigung angehörenden oder nahestehenden Vereine der Mittelschänder sind bisher mit der konservativen Partei durch dick und dünn gegangen. Das ist nun anders geworden. Sie hielten in Berlin drei große Versammlungen ab, die zur Reichsfinanzreform Stellung nahmen. Die Rundgebungen nahmen einen stark oppositionellen Charakter gegen die Haltung der Konservativen in der Steuerfrage an. Sie forderten im Gegensatz zu diesen die progressivere Nachlasssteuer. Biersack bemühte sich der Direktor des Bundes der Landwirte, Abgeordneter Dr. Gahn, diese Opposition zu überwinden. Er machte schmächtig Fiasko.

Die Rundgebungen für die Nachlasssteuer aus den verschiedensten bürgerlichen Kreisen haben sich überhaupt stark vermehrt. Wie nun die „Deutsche Tageszeitung“ aus ganz bestimmter Quelle erfahren haben will, fürchten die verbündeten Regierungen, daß die neuen indirekten Steuern vom Reichstage in einer Form bewilligt werden, die den Ertrag nicht liefert, der unbedingt notwendig erscheint. Man habe sich deshalb entschlossen, folgende Ersatzsteuern vorzubereiten:

1. eine erhebliche Erhöhung des Kaffeegolles;
2. eine Steuer auf alkoholfreie Getränke; 3. eine Zündholzsteuer und 4. eine Kohlenförderungssteuer.

Es ist seit Wochen schon kein Geheimnis, daß die Regierung mit solchen „Ersatzsteuern“ rechnet. Also eine noch härtere indirekte Volksbelastung, als die Steuerentwürfe Endlos sie vorsehen!

Ueber die gegenwärtige Finanzlage des Reiches gibt der fertiggestellte Etat für das Rechnungsjahr 1909 Aufschluß. Ein sehr trübes Bild! Es vermehrt sich die bereits 4½ Milliarden Mark betragende Reichsschuld abermals um rund 229 Millionen. Der Hauptanteil an der Schuldvermehrung entfällt auch diesmal auf die Marine mit 109 649 045. Dann kommen Reichspost mit 11 716 200, Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit 15 000 000, Reichseisenbahnen mit 20 229 300, Reichsamt des Innern (Nordostkanal und Wohnungsbauten) mit 14 000 000, Kolonialbahnen mit 26 644 930; doch verminderten sich diese Kosten infolge der Einnahmen des außerordentlichen Etats auf die vorstehend angegebene Gesamtsumme von 122 036 559.

Die Bundesstaaten haben pro 1909 noch etwa 218 Millionen Mark Matrularbeiträge an das Reich zu zahlen, falls der Finanzkommission nicht gelingt, rechtzeitig für das Zustandekommen neuer Steuerfätze, die schon im Jahre 1909 Einnahmen für das Reich liefern, zu sorgen.

In die nachgerade unerträglich gewordene Reichsfinanzreform-Reise fällt ein böser Gedentag, der 24. April. Am 24. April 1884, also vor fünfundsiebzig Jahren, erließ Fürst Bismarck die berühmte Depesche an den deutschen Kaiser in Kapstadt: „Nach Mitteilungen des Herrn Bismarck zweifeln die Kolonialbehörden, ob seine Erwerbungen nördlich des Oranienflusses auf deutschen Schutz Anspruch haben. Sie wollen antwort erklären, daß er und seine Niederlassungen unter dem Schutz des Reiches stehen.“

Das war der Anfang der deutschen Kolonialpolitik, die ungeheure Summen verschlungen, zur Zunahme der Reichsschulden und zu neuen Steuern erheblich beigetragen hat. Im Jahre 1889 erforderte sie erst einige Hunderttausend Mark; jetzt betragen die Ausgaben für sie über 70 Millionen Mark! Ruhen hat die Kolonialpolitik dem Reich noch nicht gebracht. Sie hat nicht nur schwere finanzielle Opfer, sondern auch Lebensverderben der Eingeborenen, Aufstände auch Opfer an Blut und Leben gekostet. Es ist aus ihr ein Kolonialschandebarem und mancher bössartiger Kolonialskandal dem Reich zu Schimpf und Schande erwachsen.

Unter den auswärtigen politischen Ereignissen und Angelegenheiten, die in der verflochtenen Woche die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenken, steht die Konterrevolution in der Türkei in erster Reihe. Nachdem sich unlängst eine Staatsumwälzung vollzogen, der Sultan ge-

nötigt war, eine Verfassung zu geben, hat sich nunmehr die Reaktion erhoben gegen die neue Ordnung, die man als das jungtürkische Regime bezeichnet. Es handelt sich um eine Militärrevolution. Ein Teil der Soldaten in Konstantinopel schritt ohne Zweifel mit Wissen und Zustimmung des Sultans und seiner reaktionären Ratgeber zu offener Rebellion gegen die Verfassung. Die Truppen forderten die Absetzung des Großwesirs, des Präsidenten der Kammer und des Kriegsministers. Die Offiziere wurden von den meuternden Soldaten in den Kasernen festgehalten. Einige Offiziere wurden ermordet; auch das Leben zahlreicher Zivilpersonen fiel den Terroristen zum Opfer. Vollständige Anarchie griff in der Stadt Platz. Nach den letzten uns vorliegenden Nachrichten ist die Partei der Jungtürken entschlossen, mit Hilfe der treugebliebenen Truppen und der Provinzen den Kampf gegen die Rebellion aufzunehmen. Gelingt ihnen die Unterwerfung der Prätorianer nicht schnell, so wird der Kampf ein Bürgerkrieg werden, dessen Folgen nicht abzusehen sind.

Vorläufig haben die Rebellen die Demission des Gesamtministers und des Kammerpräsidenten erreicht. Der frühere Justizminister ist von den Meuterern getötet worden und der Marineminister wurde schwer verwundet. Eine Meldung aus Konstantinopel läßt die Rebellion als einen Akt der Rache des Sultans erscheinen, daß in der Deputiertenkammer eine bedeutende Gefangenschaft seiner Zivilisten und eine Verminderung der Gehälter der hohen Beamten gefordert worden ist.

Wenn sich die europäischen Mächte ins Mittel legen, um dem Despotismus in der Türkei gründlich ein Ende zu machen, so würde nichts dagegen einzuwenden sein.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperre über die Schornsteinbau-Firma Diedrich);

Mecklenburg:

Silze (Sperre über Holdorf), **Lüthten** (Sperre über das Kalkwerk);

Brandenburg:

Nauen (Aussperrung), **Lehnh-Cammen-Gross-Kreuz** (Abwehrstreik);

Pommern:

Wolgast (Aussperrung), **Treptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Wittke), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), **Neustettin** (Aussperrung), **Brussow** (Sperre über Magnus-Gut Stramel), **Richtenberg-Franzburg** (Differenzen), **Pylitz** (Streik);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Zoppot (Sperre über Witt), **Konitz**, **Vandsburg**, **Marienwerder** (Differenzen), **Graudenz** (Streik), **Königsberg** (Sperre über Harbach);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: **Marien & Kunze**, **Bahnhofstrasse**, **Ebert & Rödel**, **Brandvorwerkstrasse**, **Teich & Laue** in **Rückmarsdorf**), **Mülsen** (Sperren über E. Meier in **Ortmannsdorf** und **F. Döhn** in **Mülsen-St. Nikolaus**), **Frankenberg** (Sperre über Winkler), **Schkeuditz** (Streik, Sperre über Reiwand in **Cursdorf**), **Tharandt** (Sperre über Burkhardt), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer **Gebel** und **Wilhelm** in **Borsdorf**, **Hanke** in **Paritsch** und **Döbler** in **Brandis**), **Pirna** und **Umgegend** (partieller Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperre über den Schulneubau in **Schafstädt** b. **Lauchstädt**), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer **Menzel** und **Schiedt**), **Halle** (Sperre über **Hiland** in **Passendorf** und über **Paul Koch** in **Landsberg**), **Aken** (Sperre über **Karl Karthäuser**), **Dessau** (Abwehrstreik), **Coswig** (Streik);

Schlesien:

Penzig (Sperre über den Neubau in der **Fatzlerschen Glashütte**), **Oppeln** (Sperre über **Smolin** aus **Kattowitz**), **Bunzlau** (Sperre über die **Tonröhrenfabrik** von **Hoffmann & Co.**);

Thüringen:

Grenzburg bei Eisenach (Streik), **Saalfeld a. d. S.** (Differenzen wegen Nichtannahme des Vertrages), **Ronneburg** (Sperre über **Kretschmar**), **Arnstadt** (Sperre über **O. Gressler**);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Ahlten b. Lehrte, **Greene**, **Münden**, **Sulingen**, **Walsrode** (Streiks), **Hannover** (Sperre über die Firma **Berger & Comp.** aus **Bromberg**), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des **Metallwerks**), **Schneverdingen** (Streik), **Osterholz-Scharmbeck** (Sperre über die Unternehmer **Joks** in **Hambühren** und **Gebr. Ehrichs** in **Lübbertsdorf**);

Lippe-Deimold:

Lomgo (Streik).

Westfalen und Rheinland:

Oynhausen (Sperre über das Eisenwerk „Weserhütte“), **Haspe** (Sperre über das Eisen- und Stahlwerk), **Langendreer** (Sperre über **Gebr. Krämer**), **Oberhausen-Klein-Styrum** (Sperre über **Plassmann**);

Hessen-Waldeck:

Bad Soden (Sperre über den Unternehmer **Christian**);

Bayern:

Heilsbrunn (Streik), **Würzburg** (Sperre über **Krapp**);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Florzheim (Streik), **Strassburg** (Sperre über **Schütterle**);

Fliessenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über **Möhlenbruck & Matheis**), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters **Kurlbaum** aus **Bonn**), **München** (Aussperrung);

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperre über die Firma **Friedrich Wilhelm Krause**, **Moltkestr. 23**), **Cöln** (Sperre über die **Korkelthwerke**), **Chemnitz** (Sperre über **Ziegner & Fritsche**), **Hamburg** (Aussperrung), **Dresden** (Sperre über die Firma **Rudolf Michel**);

Oesterreich:

Asch (Streik).

Holland:

elp und Zütphen (Aussperrung; Differenzen im ganzen Lande).

Gau Bremen.

Der Streik in **Schneverdingen** dauert unverändert fort. Die Unternehmer weigern sich noch, in Verhandlungen einzutreten. Unsere Kollegen sind fast sämtlich anderweitig untergebracht. Die Unternehmer können sich also noch weiter besinnen.

In **Sulingen** sind unsere Kollegen am 14. April in den Streik eingetreten, nachdem sich die Unternehmer weigerten, den Stundenlohn von 36 $\frac{1}{2}$ auf 42 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Eine Verhandlung, die dieierhalb stattgefunden hat, verlief resultatlos. Sie boten 38 $\frac{1}{2}$, die ein Teil unserer Kollegen schon erhalten. Die Bautätigkeit ist für unsere Kollegen jetzt günstig, darum müssen die Unternehmer noch weitere Zugeständnisse machen.

In **Brecht** haben unsere Kollegen gemeinsam mit den christlichen Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern Forderungen gestellt. Am 23. April soll mit den Unternehmern über diese Angelegenheit verhandelt werden. Auch hier ist eine rege Bautätigkeit.

In **Hambühren**, zum Zweigverein **Osterholz-Scharmbeck** gehörend, zahlt die Firma **Erbs** statt des üblichen Stundenlohnes von 50 $\frac{1}{2}$ bei zehnstündiger Arbeitszeit nur 35 $\frac{1}{2}$ bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Es ist deshalb über das Vorgehen die Sperre verhängt worden. Die Firma wird sich schon daran gewöhnen müssen, den üblichen Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit zu zahlen.

Gau Danzig.

Der Zweigverein **Penzig** mußte wegen Reduzierung des Lohnes von 53 $\frac{1}{2}$ auf 45 $\frac{1}{2}$ über den Regiebaumeister **Orgelbauer Witt** in **Schmierzau** bei **Zoppot** die Sperre verhängen. Günstige Verhandlungen hatten keinen Erfolg, denn der fromme Mann erklärte ganz brutal, 45 $\frac{1}{2}$ seien noch viel zu viel. Da **Witt** Abwehrt ist, läßt er auch am Sonnabend nicht arbeiten, so daß unsere Kollegen jede Woche zwei Tage feiern mußten. Sie verlangten demzufolge 53 $\frac{1}{2}$ Lohn und daß am Sonnabend gearbeitet würde. Als dies verweigert wurde, stellten die Kollegen bis auf den sogenannten Strohgefassen die Arbeit ein. Wie weiterte sich, da er als Polier nicht nötig habe, mit zu streiken. **Witt** erklärte sich dann bereit, 53 $\frac{1}{2}$ zu zahlen; am Sonnabend arbeiten zu lassen, weigerte er sich aber nach wie vor. Leider machten sich auch wieder die „nützlichen Elemente“ bemerkbar, die **Maurer Rudolf Schulz**, **Michael Losowski** und **Ludwig Raajer** und **Sohn** aus **Schieblich** über das Streikbrechergewerbe aus. Dadurch ist der volle Erfolg der Sperre verhindert worden. Vordauerlich ist, daß **Raajer** nach Mitglied unseres Verbandes ist und **Schulz** und **Raajer** sen. es waren. Wir haben sie natürlich jetzt ausgeschlossen. Sie haben dann wenigstens Gelegenheit, im Laufe des Jahres die Bilanz zu ziehen, ob es klug war, Verräter der Arbeiterfrage zu sein oder nicht bekannt wurde, hatte ein Mitglied mit weißer Leinwand bekannt wurde, hatte ein Mitglied ihrer Wohnung gemalt: „Hier wohnt der Streikbrecher **Maurer Raajer** und **Schulz** oder **Bauer**.“ Ein hübscher Streich, der sich ihrem Gedächtnis hoffentlich dauernd einprägt.

Gau Dresden.

In **Pirna** sind die Bauten des Baumeisters **Ulrich** gesperrt.

In **Borna** bei **Berggießhübel** haben die Maurer und Arbeiter bei dem Unternehmer **Nieße** aus **Rehtha** die Arbeit eingestellt.

In **Stolpen** haben Maurer und Arbeiter beim Baumeister **Uhlmann** die Arbeit eingestellt.

In **Müglitz**, **Sachsen** und **Dohna** streikten die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beim Baumeister **Demmler**.

In allen diesen Fällen handelt es sich um die Durchführung des Berliner Schiedsspruchs, wonach am 1. April eine Lohnverhöhung von 3 $\frac{1}{2}$ in Kraft treten sollte. Die Arbeitseinstellungen sind einmütig erfolgt. Noch nicht ein halbes Duzend bereits verbaute Maurer blieben stehen. Zugunsten des Streikbrechens ist bisher noch nicht zu verzeichnen. In der nächsten Woche wird wahrscheinlich das Streikgebiet noch ausgedehnt sein.

Gau Erfurt.

Beim Streik in **Eisenach** treibt der Unternehmer, **terrorismus** wieder seine Blüten. Einige Kollegen hatten in **Eisenach** Arbeit gefunden, u. a. war ein Kollege bei dem

Witthauermeister Kraft eingestellt worden. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes ist er wieder entlassen worden. Wenn Nortmann und seine Leute glauben, uns dadurch zur Arbeit zurückzubringen, so irren sie sich sehr. Kein, diesem Internermenterismus gegenüber werden wir erst recht fest und treu zusammenstehen. Kein Grenzburger Maurer wird zu den von den Unternehmern angebotenen Bedingungen in Arbeit treten!

Gau Götting.

Die Lohnbewegung in Götting ist mit dem Abschluß eines Vertrages erledigt worden. Der bisher dort gültige Vertrag lief eigentlich im April vorigen Jahres ab. Aber weder die Unternehmer noch die hiesigen Kollegen, und so lief er noch ein Jahr weiter. In diesem Frühjahr beschloß aber eine gut besuchte Versammlung unserer Kollegen, mit den Zimmerern und Bauarbeitern gemeinsame Forderungen einzubringen. Wir forderten für dies Jahr 3 s. und für das nächste Jahr gleichfalls 3 s. Lohnsteigerung, genaue Regelung der Arbeitszeit, dem Tageslohn entsprechend, außerdem für Ueberstunden 10 s., für Nachtarbeit 20 s. und für auswärtige Arbeit 5 s. Zuschlag und einige andere Verbesserungen untergeordneter Natur. In den Verhandlungen mit den Unternehmern, denen das Vertragsangebot zugrunde lag, gelangten diese für dies Jahr 2 s. Lohnsteigerung und die anderen Forderungen zu, der Lohn für 1910 soll im nächsten Winter festgelegt werden. Mit diesem Angebot befreite sich 300 Kollegen in einer Versammlung am 13. April. Nach ausgiebiger Debatte, in der alle Redner für die Annahme des Angebots eintraten, stimmten sie dem Verhandlungsergebnis zu. Auch die Zimmerer nahmen es an und die Bauarbeiter nach einem Sträuben ebenfalls. Die Göttinger Kollegen haben durch ihre gute Organisation seit 1905 8 s. Lohnsteigerung errungen. Mögen sie daraus die richtige Lehre ziehen, daß die Arbeit für die Organisation auch zugleich Arbeit für das eigene Wohl ist.

In der Kommodenfabrik von Hoffmann & Co. in Wunstorf sind Lohnsteigerungen mit unsern dort beschäftigten Kollegen entstanden. In früheren Jahren betrug der Unterschied des Stundenlohnes zwischen den dort in Arbeit stehenden Kollegen und den anderweitig beschäftigten Kollegen 2 s. Dieser Zustand blieb jahrelang bestehen. Seitdem Wunstorf zu den Orten gehört, deren Lohn und Arbeitszeit gesetzlich geregelt ist, konnten unsere Kollegen in dieser Fabrik nicht mehr nachfolgen. Die letzte Forderung am 1. April wurde mit einem glatten Nein beantwortet. Einmalige Kollegen kündigten, und ist es der Firma noch nicht gelungen, Ersatzmannschaften zu finden. Die Arbeit ist jetzt ungesund und die übrigen Verhältnisse in dieser Fabrik sind alles, bloß nicht rosig. Die Verammlung des Zweigvereins am 17. April beschloß einstimmig, die Sperre über die Fabrik zu verhängen.

Gau Hamburg.

Am 8. April wurde den Unternehmern in Eckenförde eine Lohnforderung unterbreitet, wonach der Stundenlohn von 50 s. auf 55 s. erhöht werden soll. Die Kollegen in Eckenförde wünschen, daß die Lohnsteigerung mit dem 1. Mai d. J. in Kraft tritt.

Die Unternehmer in Schwarzenhof haben den Vertrag zum 1. Mai gekündigt und gleichzeitig mitgeteilt, daß sie sich dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossen hätten. Ferner wurde unsern Kollegen noch als Ueberzahlung beigestellt, daß vom 1. Mai d. J. an der Lohn um 10 s. pro Stunde reduziert werden solle. Die Unternehmer verlangen, daß ein neuer Tarif abgeschlossen wird, der nicht nur in vielen Punkten dem mit der Arbeitgeberbund im vorigen Jahre vereinbarten Abmachungen widerspricht, sondern auch die oben genannte Lohnreduzierung vorsieht. Die wiederholt gepflogenen Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt; die Unternehmer bestehen auf die Herabsetzung des Lohnes, welchem Verlangen unsere Kollegen auf keinen Fall nachkommen können. Wahrscheinlich wird es zu einem Kampf kommen.

Gau Hannover.

In Minden in Hannover befinden sich die Kollegen seit dem 2. April im Streik. Die Ursache ist kurz gefaßt folgende: Der 3. 10 des am 31. März 1908 abgelaufenen Vertrags bestimmt, daß der Vertrag stillschweigend ein Jahr weiter gilt, wenn ihn nicht eine Partei drei Monate vorher gekündigt hätte. Prompt am 30. September kündigte aber die Unternehmer die Kündigung ein mit der Begründung, daß einige Bestimmungen des alten Vertrags abänderungsbedürftig seien. Unsere Kollegen waren nun gespannt, die abänderungsbedürftigen Bestimmungen kennen zu lernen. Aber ein gut Ding will Weile haben. Nach Verlauf von mehr als fünf Monaten, am 4. März, wurde ihnen die Mitteilung, daß man in § 1 eine unwesentliche Veränderung der Arbeitszeit wünsche, womit sich auch unsere Kollegen einverstanden erklärten. Im § 4 sollte die Bestimmung, wonach die früheren Feiertagsstunden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten, welche bisher bezahlt wurden, gekürzt werden; die Unternehmer wollten sie nicht mehr bezahlen. Dies wurde von unsern Kollegen abgelehnt. Im weiteren haben dann aber auch unsere Kollegen Lohnforderungen gestellt, und zwar sollte der Lohn vom 15. April 1909 bis zum 15. April 1910 eine Steigerung von 45 s. auf 47 s. und von da an bis zum 15. April 1911 auf 50 s. betragen; auch eine Regelung in den Löhnen der Junggelehrten sollte eintreten. Um über alle diese strittigen Fragen ein Einvernehmen zu erzielen, wurde dringend gewünscht, eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten. Dies Scheiterte wurde am 18. März den Unternehmern zugestimmt. Mit einem Schreiben ohne Datum antworteten die Unternehmer, sich auf eine gemeinschaftliche Sitzung nicht einlassen zu können, erwarteten vielmehr noch im Laufe der Woche einen endgültigen Beschluß, ob die Arbeit zu ihrem aufgestellten Tarif aufgenommen werden solle oder nicht. (So heißt es natürlich!) Um nun nicht als Friedensbrecher betrachtet zu werden, beauftragte eine Versammlung am 30. März eine Kommission, nochmals den Versuch zu unternehmen, ob nicht eine Sitzung mit den Unternehmern möglich wäre. Aber auch dies wurde von den mit der Führung der Geschäfte betrauten Herren Mart und Schlichte, in Firma Rott's Nachfolger, abgelehnt. Nun

blieb unsern Kollegen nichts anderes übrig als zum Streik zu greifen. Am 2. April wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Diese Prozedur ist den Unternehmern aber derartig in die Meise gefahren, daß sie vollständig die Fassung verloren und in diesem fassungslosen Zustand die Zimmerer ausparten, obwohl ein Vertragsverhältnis besteht. Jetzt, nachdem man wieder mehr zu Verstand kommt, sieht man ein, welche Unheil man angerichtet hat und möchte manches ungeschickliche machen, internat doch, demnach ist in Minden heimatsüßig ist, wozu die Zimmerer noch ein groß Stück Arbeit zu leisten haben. Nun sieht man bei der Maurer reifen alle ab, und es gefällt ihnen in der Fremde so schön, daß sie dem Mindener Streik noch ein recht langes Leben wünschen. Das Publikum in Minden wird ungeduldig und sucht nach Mittelspersonen, um Verhandlungen einzuleiten. Der eine schlägt den Stadtbaumeister Schneider als die geeignete Person vor, der andere den Stadtsyndikus Dr. Zapper, ein dritter den Herrn Gewerbeinspektor, und so streitet man sich in der Tagespresse damit herum, wer denn wohl am besten geeignet sei, den verfahrenen Karren wieder auf das richtige Geleise zu bringen. Inzwischen hat sich auch der Nordwestdeutsche gestattete, seine Winklerkarte abzugeben. Wie gesagt, an Vermittlungsleistungen ist kein Mangel, und wenn es den Vieren möglich ist, die Unternehmer dafür zu gewinnen, den Maurern die verlangten Mittel für eine bessere Existenz zu bewilligen, dann aber auch „Mittel“ und Wege finden, die berechtigten Empörung der Zimmerer zu besänftigen, dann auch noch die Frage der in Willemsdorf beschäftigten Bauarbeiter zu lösen, so dürfte das Ende des Streiks bald abzusehen sein. Jedenfalls noch schwieriger Aufgaben für die Unternehmer. In den Streik eingetreten sind 64 Kollegen, davon sind 32 abgereist, 8 anderweitig untergebracht, so daß noch 24 Streikende am Orte sind, die aber auch noch zum Teil abgereist. 8 Kollegen arbeiten zu neuen Bedingungen. Außer 20 Lehrlingen, die zum Teil jetzt auslernen, haben die Unternehmer auch nicht einen Maurer bei der Arbeit.

In Lemgo hatten unsere Kollegen anfangs März an die dortigen Unternehmer eine Forderung auf zehnstündige Arbeitszeit und 45 s. Stundenlohn eingereicht. Bisher betrug der Lohn 40 s. bei zehneinstündiger Arbeitszeit. Die Unternehmer haben die Forderung in ihrer Versammlung mit sechs gegen sieben Stimmen abgelehnt. Der abschneidende Beschluß ging unsern Kollegen am 27. März zu. In einer Versammlung am 29. März haben unsere Kollegen dann die Kündigung des Arbeitsverhältnisses beschlossen und auch am folgenden Tage vollzogen. Die Arbeit ruht dort vom Tage nach Ostern, also vom 13. April an.

In Waldröde befinden sich unsere Kollegen seit dem 1. April im Streik. Es handelt sich dort um eine geforderte Lohnsteigerung von 45 auf 47 resp. 50 s. Die Unternehmer hatten unsern Kollegen einen famosen Vertrag nach Soltau Muster aufgestellt, der natürlich zurückgewiesen wurde. Da man sich auch über die Lohnfrage nicht einigen konnte, so kam es zur Einstellung der Arbeit. Die Kollegen sind fast alle abgereist; hierüber sind die Unternehmer so in Panik geraten, daß sie Streikzüge in die Umgegend abhatten, um auszufundamentieren; ob nicht hier oder da so ein Streikführer untergeschlüpft sei. Sie sind auch von etwas Glück begünstigt gewesen, denn tatsächlich haben sie vier solcher Sünder erwischt, die dann auch entlassen wurden. Aber der Herrgott belächelt doch keine Maurerheule, und wir wollen es den ehrbaren Herren Meistern raten, daß die vier heute freier vor ihnen sind in Halinghofel. Bei diesem Streikzuge hat man auf einem Bau auch einen arbeitenden Maurer beschuldigt, angetroffen und ihn ebenfalls auf für so einen Streikführer gehalten. Bei der gestiegenen Wut hat man diesen derartig vernommen, daß er blutüberströmt und mit zerrissenen Kleidern flüchten mußte. Eine feine Gesellschaft! Ähnlich war es den Unternehmern gelungen, einige Streikbrecher aus dem Lager des Herrn Gense zu bekommen. Einer von ihnen war dem Agenten schon bei Soltau ausgetrieben und von den übrigen sind zwei nach kurzer Tätigkeit beim Unternehmer Knebler ebenfalls fortgelaufen. Nun hat noch ein Unternehmer fünf von dieser Sorte. Sie erhalten für neunstündige Arbeitszeit 4 1/2 Tagelohn und 4 1/2 Kringslohn pro Woche. Von den 60 Streikenden sind noch 28 zu unterfüßen; die übrigen sind abgereist oder hier in andere Arbeit eingetreten.

Im Zweigvereinsgebiet Greene-Kreienfeld hatten unsere Kollegen an die dortigen Unternehmer am 8. März eine Forderung auf Lohnsteigerung von 32 auf 36 s. gestellt. Die Unternehmer haben es gar nicht der Mühe wert gehalten, sich damit zu beschäftigen. Unsere Kollegen haben dann, um die Sache mehr in Fluß zu bringen, am 15. April die Arbeit nicht wieder aufgenommen. In der Frühkontrolle am 15. April meldeten sich bereits 45 Kollegen, deren Zahl aber im Laufe der Tage noch steigen kann.

In Seesen am Harz liegen die Verhältnisse fast ebenso. Der Stundenlohn betrug dort bis zum 1. April 35 s. Im alten, jetzt abgelaufenen Vertrag befindet sich eine Bestimmung, daß vor dem 31. März 1909 keine Lohnforderung gestellt werden dürfe. Am 8. März ist dann den Unternehmern eine Forderung aufgestellt worden, wonach der Lohn vom 1. April an 40 s. betragen soll. Die Unternehmer antworteten, daß die Forderung an den Bezirksvorstehenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Schüler-Gandelsheim, eingereicht sei. Auch diesem kam man nach, wohl wissend, daß von diesem Herrn Schüler Antwort zu kriegen sei. Nun hat sich bereits eine Mitgliedsversammlung von uns am 15. April mit der Frage beschäftigt. Da aber ein Seesener Unternehmer erklärt hatte, daß in den nächsten Tagen eine Sitzung stattfinden werde, so ist eine weitere Beschlußfassung auf den 21. April verschoben. Da mit einer friedlichen Lösung kaum zu rechnen ist, dürfte an diesem Tage der Streik beschloffen werden.

Ein andres Bild spielt sich in Niederebühren, zum Zweigvereins-Stadtbezirk gehörend, ab. Der Lohn beträgt zurzeit dort 32 s. Unsere Kollegen haben den Unternehmern am 21. März eine Forderung aufgestellt, wonach der Lohn vom 1. Mai an 37 s. und vom 1. Juli an 40 s. betragen soll. Dies hat den Unternehmer Paul in Ekstase gebracht, daß er zwölf seiner Maurer am 12. April brieflich kündigte, so daß deren Arbeitsverhältnis am 28. April als gekündigt zu betrachten ist. Er hat auch sonst nichts unversucht gelassen, seine Maurer zum Austritt aus der Organisation

zu bewegen; leider haben auch fünf Kollegen den Verlockungen des Geheißverächters nicht widerstehen können. Da es den zwölf Kollegen nicht allzu schwer fallen dürfte, anderweitig Arbeit zu bekommen, so wird das Unternehmen des Herrn Paul ein Schlag ins Wasser sein. Offensichtlich findet sich aber auch kein Kollege, der bei Paul in Arbeit tritt. Wenn das unterbleibt, dann dürfte die Zeit nicht fern sein, wo wir dem Herrn Paul nach dem allwissenden Grundsatz: Auge um Auge, Zahn um Zahn, entgegenzutreten können. Also nochmals, Kollegen, merkt die Fleischöpfe des Herrn Paul!

Zu einer Arbeitseinstellung der Bauhilfsarbeiter kam es am 16. April bei der Firma Rüdert in Wolfenbüttel. Rüdert zahlte Stundenlöhne ganz wie es ihm beliebt; dem einen 5 s., dem andern auch 10 s. weniger als den übrigen Lohn. Jeder Versuch, in Güte die Sache zu regeln, scheiterte an dem allzu selbstbewußten Auftreten dieses Herrn. Erst die einmütige Arbeitseinstellung, durch die selbstredend unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen worden sind, hat ihn anderen Sinnes gemacht.

Gau Magdeburg.

In Dessau sind die Kollegen in eine Abwehrbewegung eingetreten. Die Unternehmer Arendt, Kräh, Seemann, Schulte und Träger zahlten den allgemein üblichen Stundenlohn von 47 s. nicht. Träger als Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist gerade der, der entgegen den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes mit den Lohnreduzierungen am radikalsten vorgeht.

In Köthe haben die Unternehmer die Forderung nicht beantwortet, daselbst ist auch in Seebauten (Altmark) der Fall. Die Kollegen beider Orte werden im Laufe der Woche dazu Stellung nehmen, und wenn die Herren nicht eintreten, schärfere Saiten aufziehen.

In Coswig scheint ein Streik unvermeidlich. Unsere Kollegen fordern 45 s., die Unternehmer bieten bis zum 1. Juli 41 s. und zum 1. Juli bis zum 1. April 1910 42 s., vom 1. April 1910 bis zum 1. April 1911 43 s. Stundenlohn. Wenn dieser Bericht erscheint, haben die Unternehmer entweder noch weitere Zugeständnisse gemacht, oder die Kollegen sind in den Streik eingetreten.

In Arneburg ist die Lohnbewegung erledigt. Die Kollegen haben eine Erhöhung des Lohnes von 3 s. durchgesetzt, der Lohn beträgt jetzt in der Stadt 35 s., über Land 38 s.

In Salzweil ist die Bewegung erledigt. Die Unternehmer hatten den bestehenden Vertrag, der vom 1. Januar 1909 an einen Stundenlohn von 45 s. vorsah, am 1. Oktober gekündigt, weil inzwischen die Zimmerer, ohne sich an unsere Abmachungen zu halten, den Werkstatz mit 43 s. Stundenlohn abgeschlossen hatten. Nur wollten die Unternehmer den Maurern auch nur 43 s. zahlen und die versprochene Lohnsteigerung nicht eintreten lassen. Unsere Kollegen haben die Maßnahme der Unternehmer zunächst ruhig in Kauf genommen, und erst mit beginnendem Frühjahr sind sie dann in die Bewegung eingetreten. Am 15. April fanden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband statt; das Resultat war, daß sich die Herren bereit erklärten, den Stundenlohn um 1 s. zu erhöhen. Mit 77 gegen 28 Stimmen stimmten die Kollegen diesem Ergebnis zu.

Die Lohnbewegung in Loburg ist vorläufig abgeklungen worden. Im „Grundstein“ ist schon berichtet worden, daß sich die Unternehmer höchst brutal den bestehenden Forderungen unserer Kollegen entgegenstellten. Mit den niedrigsten Mitteln verurteilten sie es wieder, unsere Kollegen vom Verband abzuhalten. Die Führer leben von Eurem Gelde und Euer Vorsteher will auch spazierengehen! Mit solchen Worten bearbeitete man die Maurer. Der Vorsteher wurde nachgehört, der lange Jahre mit dazu beigetragen hatte, diesen Unternehmern ein gutes Einkommen zu sichern. „Wenn Ihr freit, mache ich eine Bagarre“, sagte der Unternehmer Graut. Uns wurde dabei, daß auch dieser Unternehmer es bestanden hat, von Jahr zu Jahr sein Einkommen zu steigern, trotz der niedrigen Löhne der Maurer. Diesen gönnt man nichts, sondern man will sie in den Streik treiben, wohl wissend, daß sie jetzt noch in der Lage sind, die Kollegen zu entweichen. Unsere Kollegen waren aber einsichtig genug, den Unternehmern nicht den Gefallen zu tun, die erst kürzlich gegründete Organisation wieder zu zerstören. Vorgelegt stimmten sie in der Versammlung am 13. April der Mahnung des Bauvorstandes zu: wir lassen uns nicht provozieren. Mit allen Mitteln werden wir die Organisation stärken, den Unternehmern zum Kruck. Die jetzige Gandalungsweise der Unternehmer kennzeichnet ihren Charakter, und auch die Mahnung unserer Kollegen früher werden wir nicht vergessen; es wird der Tag noch kommen, wo wir abrechnen.

Auch für Viere ist die Lohnbewegung für dieses Jahr beendet. Der Unternehmer Hornmann hat am 15. April den mit uns verhandelnden Vertrag unterschrieben. Dem Unternehmer Hilbrandt ist er ebenfalls aufgestellt worden; auch er wird nicht umhin können, seinem Kollegen zu folgen. Unsere Kollegen waren nicht alle damit zufrieden, daß die Forderung nicht wohl anerkannt wurde, jedoch auch hier folgten sie der Mahnung des Bauvorstandes, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen: zu agitieren und zu organisieren, damit auch die dortigen Kollegen zu tüchtigen Kämpfern erzogen werden.

Nicht eigenartige Käuze sind die Unternehmer in Calbe a. d. Milde. Im vorigen Jahre glaubten sie, die Zeit sei gekommen, den dortigen Maurern den Lohn zu kürzen, die natürlich nicht organisiert waren. Diese Handlungsweise hatte den Erfolg, daß sich unsere Kollegen dem Verbandsantritte angeschlossen. Weiter erfuhren wir aber auch bei dieser Gelegenheit, daß sie wohl imstande wären, höheren Lohn zu zahlen; denn sie holten eine Menge Italiener heran, denen sie 45 bis 50 s. Lohn zahlten. In diesem Frühjahr glaubten unsere Kollegen nun, daß sie wohl berechtigt wären, auch für sich eine kleine Lohnsteigerung zu verlangen. Am 16. April tagte eine Versammlung, die beschloß, am andern Tage den Unternehmern unsere Wünsche zu unterbreiten. Ein Mitglied des Bauvorstandes und zwei unserer Kollegen wurden dann am 17. April bei den Unternehmern vorbestellt. Der Unternehmer Blank war nicht abgeneigt, mit zu besen, geregelte Verhältnisse zu schaffen. „Solche Sache, wie im vorigen Jahre, mache ich nicht wieder mit“, sagte er. „Aber der Unternehmer Müllert; auch er

burg 68,50, Reicin 64,94, Nielsburg 50,44, Schömeranger
48,07, Earleht 38,89; Filze 28,28, Schöndt 10,52, Schömlen-
hofwiese 24,2, Schönbelt 22,76, Sommerfeld 21,04, Schöndt
52,50, Sauerthausen 50,01, Stabenhagen 47,82, Stegaulen i.
d. Wilm. 37,72, Sebnitz 231,96, Spandau 168,25, Schönebeck
68,55, Segeberg 67,82, Schönthaladen 59,86, Schörrhin a. d. W.
36,32, Sandau 35,52, Storfow 19,56, Schillingstisch 13,28,
Saarnburg 11,84, Stollberg 4,12, Stöpphof 176,50, Schöndau
44,18, Sotow 41,42, Söthagen 34,75, Seyda 28,40, Saarnund 28,44,
Schöndau 34,82, Schönerdingen 23,54, Stendal 1,54, Schöndt-
leben 128,88, Schöndtewitz 77,04, Stuhl 46,28, Salothelm 39,84,
Seck 34,48, Sennsburg 34,08, Schöndtewitz 12,85, Ströhen 12,80,
Speyer 174,79, Striegau 115,01, Schöndtgen 88,08, Sadja 80,24,
Schöndt 39,52, Sulingen 39,40, Schöndtshagen 28,76, Stabe 2,37,
Seib 6,50, Stranberg 64,52, Seckitz 56,12, Schöndtbrunn 34,54,
Schöndt 22,20, Seilgall 16,70, Tremsbüttel 5,74, Timmer-
rode 128,95, Landa 81,86, Leutchenhöl 41, Travemünde
22,26, Leterow 64,44, Lestow 30,84, Leterow 9,71, Litz 175,55,
Templin 81,85, Trebbitz 75,60, Torgel 66,08, Trebitz 50,10,
Tangermünde 49,36, Treptow a. d. Rega 34,35, Lautenbach
15,13, Londern 5,25, Nedermünde 41,64, Leterfen 16,47,
Wischhofen 8,32, Wischhofen 9,28, Wölkershausen 8,68,
Welfchau 51,20, Wolkdorf 14,20, Walldorf 102,67, Wurzen
137,80, Wittingen 12,80, Wipfen a. d. R. 21, Weidenbühl 16,72,
Wehrland 30,08, Wittbergere 188,83, Wernigerode 126,45,
Wpf a. Göhr 58,62, Wetherhausen 46,20, Wideshausen 42,60,
Wittenburg 18,18, Wülfer 14,44, Waldheim 13,24, Wolgast
56,28, Wallenfiedt 41,24, Wierzenburg 27,80, Wittth 7,50,
Wittenund 150,76, Wisnau 54,72, Wolberg 37,73, Wehrere
26,55, Wegeleben 25,47, Wüßingenerode 14,80, Welsenberg 13,12,
Wüßburg 188,80, Wärln 35,92, Wansse 35,77, Wittenberg
107,64, Wälungen 36,68, Wernuchen 11,72, Wendenbühl 6,48,
Reiz 146,36, Wiewel 6, Zoffen 76,19, Zelenitz 19,42, Zechenditz
14,14, Zwenkau 13,35, Zweniger 15,86, Zedau 41,20, Zagna 29,82,
Zellin 12,14, Zwidau 439,79, Zabrä 59,88.

b) Für Salender.

Antonienhütte A. — 50, Althalbinsleben 5, Eisleben 5,
Glauchau 1, 50, Richtenhein 10, Schwientowlowitz — 50, Triebes 1,
Wilhelmsgraben 1, Zschau 12 50, Zschöben 75

ad Für Futterale:

Alt-Bienndorf 1, Arnswalde 1,50, Bernsee 2, Boizenburg 5, Camburg 2, Cunnendorff 5, Euden 2,50, Friedrichroda 1, Grömmen 1, Garz a. Rügen 4, Gorkatz 2, Glay 1, Kaufbeuren 5, Lehnitz 1,50, Loburg 1, Müllenswalde 2,50, Neumarkt i. Schlefen 2, Pilzhausen 5, Segeberg 2, Schmalkalen 2, Sandow 1, Walsatz 1, Wanssee 1.

1) Für Brentafälle

Althaldensleben A. 1, Altenburg 21, Cottbus 220, Eis-
leben 2, Gorgast 5, Süttenrode 3, Jena 21, Lichtenstein 3,
Lübeck 42,50, Langenstein 1, Mäzendorf 3, Nebra 4, Neubukow 3,
Pleß 4, Triebitz — 20, Rechen 2, Umlenz 11.

„Für Lehrer“

Frankenberg M. — 50.
— 1) Für „Arbeit und Kultur“.

ihre Referentenführung

h) Gehr. „Grundstein“-Einbaudecken

10, Münsburg 1.1

Braunschweig 3, Dortmund 3, Erfurt 10,10, Essen 3, Fürstentum 1,10, Guben 3, Leipzig 1, Lübeck 4,10, Meissen 1,10, Schwelb. 2,20, Sebnitz 3,30, Schweinfurt 1,10, Wurz. 1,10, Zwickau 1,10.

anzeigen im „Grund

Bergeborf A 1,50, Deffau 1,50, Driefen 3, Erfurt —, 80,
Glogau —, 40, Jena 2,85, Lauenburg —, 70, Lehnin —, 80,
Leisnig —, 45, Pirna 3, Teterow —, 80, Zeulenroda 2,70.

[illegible]

Bekanntmachung der Gauborstände.

Gau Nürnberg.

Auf unserm letzten Sautage wurden in den Gausvorstand gewählt: Johann Merkel, Breitgasse 25—27, Vorsteher; Billy Roth, Schweinmayerstr. 11, 1. Et., Kassier; Johann Eilingler, Würder-Wollengasse 17, Schriftführer; Alb. Müller, Schenkerstr. 16 und Ludwig Wuchsmacher, Wilhelmstr. 11, Beisitzer.

Der Gausvorstand.
J. A. Merkel, Vorsteher.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Arbeitssee. Unsere Versammlung am 4. April war nur von zehn Kollegen besucht, wovon einer noch unorganisiert war. Der Kassierer erstattete seinen Bericht vom ersten Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von K 32,70, die Nebenkasse eine Einnahme von K 54,61 und eine Ausgabe von K 18,10; ihr Bestand beträgt K 66,51. Der Kassierer sprach dann über: „Unsre Lohnbewegung“. In unserm Vertragsentwurf haben wir 38 1/2 Stundenlohn gefordert, die darüber gegessenen Verhandlungen mit den Unternehmern haben aber noch keinen Abschluß gebracht. Sie boten uns 35 s, ein Lohn, der auch heute schon gezahlt wird. Die Arbeitslosigkeit ist gut, so daß uns die Unternehmer wohl doch noch etwas entgegenkommen müssen. Unsere Forderung ist wahrscheinlich nicht übermäßig. Die reisenden Kollegen mögen dies berücksichtigen und einweisen von Arbeitslosen freistehen.

Bromberg. Am 4. April tagte im Lokale des Herrn Jablonka unsere monatliche Mitgliederversammlung. Der erste Vorsitzende hielt einen lehrreichen Vortrag über: „Die Entstehung und Zweckmäßigkeit unserer Organisation“, der von den Kollegen mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Ferner legte er den Kollegen ans Herz, fest an unserm Lohnkattich zu halten. Genosse Lohde wies die Kollegen auf den Zweck der politischen Organisation und den Wert der Arbeiterpresse hin. Jeder organisierte Kollege mußte seine Grundblätter meiden und die Arbeiterpresse lesen. Zum Schluß erstudete der erste Vorsitzende die Kollegen die Baulistigkeit einigermassen lebhaft ist, das Baulagergerätematerial besse, auszubauen, und wo ein Kollege auf den Hausgerätekopf nicht ausreicht, ihn zu mieten, auf den Hausgerätekopf zu mieten, auf den Hausgerätekopf zu mieten.

Burg bei Magdeburg. Am 4. April tagte eine Agitationsversammlung, in der Kollege Hahn-Magdeburg einen Vortrag halten sollte. Obwohl nun noch mehrere interessante Punkte auf der Tagesordnung standen, und obwohl wir bei der Bekanntmachung nichts vernachlässigt hatten, waren von 180 Kollegen 20 erschienen. Infolgedessen hielt Kollege Hahn seinen Vortrag nicht. Unsere Mitglieder sollten sich schämen, daß sie jetzt, wo sich in der Organisation überall neues Leben regt, so furchtbar faul sind. Man beklagte sich zudem mit der Erhöhung der Beiträge um 5 p. pro

Wozu für die Kostanlage. Es entspann sich eine lebhaft debattirte; einzelne Kollegen waren nicht dafür zu haben und erklärten, wir sollten uns lieber einrichten mit den Anteilen und sollten die Verwaltungskosten verringern. Es wurde aber der Antrag der Verwaltung angenommen mit folgender Fassung: Vom 1. Mai dieses Jahres an wird im ganzen Zweigvereinsgebiet eine Einheitsmarke influsslos Sozialbeitrag von 45 ¢ gelebt. Die Kolportagekarten werden zurückgegeben. Die Kolporture erhalten für jede verkaufte Marke 2 ¢ aus der Sozialkasse. Die Zimmerer hatten uns mitgeteilt, daß sie in einer Lohnbewegung stehen, es könne jeden Tag zur Arbeitsunterbrechung kommen; der Kollege Gagn-Wageboud und Kollege Goldgraber rühten es, daß uns die Verwaltung der Zimmerer davon nicht schon früher Nachricht gegeben hätte; denn dazu wären doch die Zimmerer nach dem Kartellvertrag verpflichtet. Dann berichtete, der Kassierer, daß jetzt viele Kollegen hier arbeiten, die es unterlassen haben, sich anzumelden. Dies wurde von der Versammlung gerügt und es wurde verlangt, daß sie sich sofort anmelden. Danach wurde die Krankenunterstützung bedprochen, die die kranken Kollegen im Winter aus der Sozialkasse bekommen. Es wurde ein Antrag angenommen, daß jeder erkrankte Kollege, der im Winter Unterstützungen beanprucht, mindestens viermal im Jahre die Mitgliederversammlungen besucht haben muß, und daß dies durch den Versammlungsstempel nachzuweisen ist. Die Versammlungen finden jetzt an jedem ersten Sonntag im Monat in der Gerberge, nachmittags 3 Uhr, statt.

Sästra. Der Zweigverein hielt am 7. April eine von 80 Kollegen besuchte Versammlung ab, die zur Ratseifer Stellung nehmen sollte. Der Vorsitzende führte aus, daß die in unserm Zweigvereinsgebiet herrschende Krise nun einigermaßen überstanden sei und die Bauhofsanfrage gut zu werden verspricht, atmeten die Kollegen wieder freier auf; die wie ein Alp auf die Gemüter der Kollegen dröhnende Sorge sei nun wieder abgemäzt. Mit frohem Mut und gutem Willen könnten wir wieder an die Organisations- und Agitationsarbeit setzuntreten. Unter diesen Gesichtspunkten solle man auch die Ratseifer beurteilen. Hierüber entspann sich eine lebhaftc Debatte, in der sich die Kollegen in der Mehrzahl für die Ratseifer durch Arbeitsruhe aus- sprachen. In geheimer Abstimmung wurde mit Majorität beschlossen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Die Kollegen wurden daran erinnert, daß der Majoritätsbeschuß auch für die Kollegen bindend ist, die dagegen gestimmt haben. Diese Kollegen erklärten sich auch damit einver- standen.

Danzig. — Am 8. April. nahm unsre Mitgliederversammlung den Bericht über die Schlussverhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Kollege Grünhagen, ging zunächst auf die Versammlung am 27. März ein, wo eine große Anzahl der Kollegen nicht für die Annahme des Lohnsacris zu haben war, obwohl fast alle Kollegen von der wirtschaftlichen Krise betroffen sind und die Arbeitslosigkeit auch noch in vollem Maße besteht, wocans hervorzuheben, daß

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der folgenden Herrn. Ribow-Berlin (Verb.-Nr. 4878), Jol. Berner-Düsseldorf (200 438), Geinr. Delfers-Berl. (18760), Hermann Bährchen-Zentbergen (218 265), Joh. Geines-Bamberg (28 252), Herrn. Ribl-Postlausenitz (79 138), Carl Wagner-Nordhausen (139 456), Ehr. Schummel-Frankfurt a. d. Oder (141 356), Chr. Schmann-Gelbhorn (155 432), Em. Kreschmer-Meißen (174 604), Geinr. Reif-Gallf. (183 460), B. Sanel-Dungau (235 611), Joh. Scharn-Neustadt (282 547), E. Adigies-Bamberg (284 407), Carl Seibert-Bamberg (377 750), Gottlieb Maier-Siegen (398 795), E. Schuchardt-Münch. (408 875), Benz. Wirtis-Gemünn (425 995), E. Wirtis-Burgbladt (437 658), Carl Meertz-Gelmfeldt (172 190), R. Meier-Gelmfeldt (195 805), Paul Häcker-Breslau (448 909), Herr. Hoffmann-Breslau (489 590), R. Gutzeit-Schmögers i. Pr. (199 425), Fr. Franz-Schmögers i. Pr. (508 265), Heinrich Schulte-Gumeln (76 587), Geinr. Kienmeyer-Gumeln (454 380); außerdem die Mitgliedsarten: Otto Mohr-Ilm (18 553), Aug. Kruseberg-Deynhausen (15506); Aug. Reich-Meißen (17670).

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Brunsbüttelkoog: Hellmut Krüger, geb. am 18. Februar 1884 zu Rosentinerhütte (Verb.-Nr. 362 444); O s c a r: Wilhelm Wittich, geb. am 26. Mai 1884 zu Brande (354 710).

Im Auftrage ihrer Adresse ersuchen wir die Kollegen:
 Reinhold Brügel, geb. am 30. November 1884 zu Greifenburg
 (Verb.-Nr. 26817); Otto Gormitz, geb. am 7. August 1880 zu
 Tilsit (Karte.-Nr. 6606); Richard Müller, geb. am 8. Januar
 1890 zu Berlin (Karte.-Nr. 23552); Heinrich Stange, geb. am
 1. April 1887 zu Hilsrode (461160); Georg Korte, geb. am
 12. April 1890 zu Kirdrode (468812); Wilhelm Horie, geb. am
 10. October 1875 zu Rehm (69556); Edward Machinet, geb.
 am 10. Juli 1885 zu Breilawa (253546).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mittheilung zu machen.

Der Vorstandsvorstand.

197

[illegible]

ein Streik in diesem Jahre für uns verloren gehen müsse. Die Unternehmer drohten, falls der Tarif nicht anerkannt werde, am 1. April eine Lohnreduzierung von 10 pSt. vorzunehmen. Wäre dies geschehen, so hätte es die Laubheit der Kollegen zumeist gebracht; denn die damalige Versammlung war bei 750 Mitgliedern nur von 250 besucht. Der Verlauf der Baupreise bei Witt in Schmirau, wo drei unserer Kollegen trotz der Streikposten gearbeitet haben, sollte schon ein genügender Fingerzeig sein, was geschehen wäre, wenn wir in eine Lohnbewegung eingetreten wären. Nachdem die Lohnkommission dann nochmals mit den Unternehmern zusammengetreten war und ihnen erklärt hatte, daß wir uns keine Verschlechterung gefallen lassen würden, gelangten sie uns für den Wegfall der Freistunde am Sonnabend zu, daß der Lohn bis zum 1. April 1910 für Maurer 55 s, für Zimmerer 53 s und Bauführer 38 s beträgt. Dann verließ die Kollege Jachnitsch, da er auch nicht mit der Annahme des Tarifs zufrieden war, die Organisation und ihre Führer herabzumündigen. Er machte aber wenig Eindruck damit. Die Kollegen Malinowski, Adam und Dorowski gaben ihm denn auch die richtige Antwort. Nachdem einige Paragrafen des Tarifs noch eingehend besprochen waren, wurde zu „Verschiedenes“ übergegangen. Zunächst teilte Kollege Grünwald mit, daß der Magistrat auf unsere Anfrage betreffs Aufnahme der Arbeiter geantwortet hat, daß diese in kürzester Zeit ihren Anfang nehmen sollten. Ueber die Baupreise bei Witt in Schmirau wurde mitgeteilt, daß dort drei Kollegen von uns Streikbruch begangen haben, obwohl sie im Bureau erklärten, unter diesen Bedingungen nicht weiter zu arbeiten. Es sind dies die Kollegen Fritz Nieß, Louis Kasper und Schulz. Alle drei sind einstimmig aus unserm Verband ausgeschlossen worden. Dem Kollegen Gilmann wurden aus Vorkasse 100 M. bewilligt. Darauf wurde die schmach besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Emden. Unsere regelmäßige Mitgliederbesammlung am 6. April beschäftigte sich mit der Arbeitsnachfrage. Der Vorsitzende, Kollege Blum, führte unter anderem an, daß wir uns im verflochtenen Jahre schon mehrmals mit der Frage beschäftigt haben. Da es uns aber bei der schweren Krise nicht möglich war, unsere Kollegen von diesem Maßregelungsbureau fernzuhalten, so mußten wir jetzt wieder erneute Stellung dazu nehmen. Der Vorsitzende gab der Versammlung zu gleicher Zeit einen Beweis für das arbeitserhebliche Wesen des Nachweises dadurch, daß er einen Entlassungsschein des Arbeitgeberbundes für das Untermeßer- und Geschiebter, Ortsverein Emden, verlas. Auf diesem Schein war folgendes bemerkt: Grund der Entlassung: Verbandsangelegenheiten. Er führte dann weiter an, daß wir in diesem Jahre das Maßregelungsbureau soviel wie möglich zu meiden hätten und forderte hauptsächlich die unversicherten Kollegen auf, diesen unparitätischen Arbeitsnachweis überhaupt nicht zu benutzen, da wir tariflich nicht verpflichtet sind, nach diesem hinzugehen. Wenn wir den Nachweis so weiter benutzen würden, dann würde uns weiter nichts übrig bleiben, als ihn bei der nächsten Tarifverhandlung anzufragen. Weiter sprach der Vorsitzende über einige Überarkungen im Maurergewerbe. Man weiß nicht, was man dazu sagen soll, daß bei den Arbeiten am Damer der einzelne Maurer 4000 Steine in zehn Stunden verarbeiten muß. Reider sind hauptsächlich die Kollegen selbst daran schuld; würden sie mehr Solidarität üben und kollektiver zusammenhalten, dann würde dies leicht auch aus der Welt geschafft werden. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende noch mit, daß unsere Tagesagitation einen guten Veranlassungsbefund gezeigt habe. Das dürfte nun nicht wieder einschlafen, denn nur durch emsige Tätigkeit würde es uns möglich sein, auch gegen das Emden Unternehmertum einmal wieder Front zu machen.

Fresen. Am 12. April fand hier eine gutbesuchte Mitgliederbesammlung statt. Zuerst gab der Vorsitzende die Protokollbeden bekannt: Hermann Wagerangel, Gustav Schumde, Hugo Maigner, Fritz Gübner, Wilhelm Bluntz und Wilhelm Remanne; die zwei Letzteren sind „Ehrenmitglieder“. Alle waren vom Vorstand schriftlich eingeladen, damit sie sich wegen ihres Verhaltens verantworten sollten. Maigner, Gübner und Schumde waren der Einladung nicht gefolgt. Das „Ehrenmitglied“ Remanne äußerte, daß er dem Kriegerverein angehört, und daß er vom Kriegerverein in dem protokollierten Lokal billige Getränke bekomme, denn dort haben die Krieger ihr Vereinslokal und ihren Zusammenschluß. Bei einer Versammlung sei er ins Lokal eingetreten, um sich auszuruhen. Kollege Paul Hubrich meinte, daß Remanne eins von beiden meiden müßte, entweder den Verband oder den Kriegerverein, denn er habe schon mehrmals Protokollbruch begangen. Remanne empörte sich darüber und sagte, daß er von nun an den Verband meiden wolle, aber er fordere sein Stimmrecht bei Besuchen; binnen 14 Tagen sei es ihm einzuhändigen. Den Kriegerverein könne er nicht meiden, denn er habe dem Vaterland und seiner Majestät treu geblieben. Falls er das Stimmrecht nicht erhält, würde er Beschwerde einreichen beim Kriegerverein und beim Herrn Landrat in Mülisch und gerichtliche Vorbringen. Darauf wurde ihm das Lokal verwiesen. Bluntz schloß sich den Ausführungen Remannes an. Wagerangel äußerte, daß er aus Rot in das Lokal gegangen sei, um den Schnaps schnell herbeizubringen, denn seine Mutter sei plötzlich unwohl geworden. Es wurde ihm aber befohlen, daß dies nicht wahr war. Der abwesende Fritz Gübner wurde ausgeschlossen, weil er mit seinem Wissen den Protokollbruch begangen hat. Neu aufgenommen wurden die Kollegen Wilhelm Hübel und Paul Klein. Der Kassierer verlas alsdann die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Mitgliederzahl beträgt 326, darunter sind fünf Ehrenmitglieder. In den Verband aufgenommen wurden fünf Kollegen. Die Gesamteinnahme beträgt 1543,71, die Ausgabe 274,35; es blieb ein Kassalbestand von 1269,36. Dann wurde das diesjährige Stiftungsfest auf den 2. Mai festgesetzt, zu dessen Vorbereitung ein Festkomitee gewählt wurde. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde über das Sterbegeld des Kollegen Frühau aus Solande gesprochen. Die Ehefrau des Verstorbenen hat bei der Beerdigung die Annahme unseres Kranzes verweigert und hat auch die Witte nicht zugelassen. Aus diesem Grunde hat ihr der Verband das Sterbegeld verweigert; nun wollte die Frau es durchaus haben. Die Versammlung beschloß noch, daß das Sterbegeld in solchen Fällen nicht ausbezahlt

werde. Der Kassierer ermahnte die Kollegen, auf allen Bauten Mitgliederbesuche vorzunehmen, um dadurch eine gute Beitragszahlung zu erzielen. Zum Schluß richtete Kollege Kasper aus Breslau einige aufmunternde Worte an die Kollegen. Hierauf wurde die Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Verband geschlossen.

Köln. Am 13. April hielt unser Zweigverein eine Mitgliederbesammlung ab, die nur schwach besucht war, denn der größte Teil der Kollegen ist schon in der Fremde, weil am Orte wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Kollege Kasper aus Götting referierte über den Beschluß der Vorstandssitzung vom 28. März, an der außer den Vertretern des Zweigvereins auch die Bauvorstehenden Silberbachmidt-Berlin und Kasper-Götting, ferner Schulz-Böfen teilnahmen. Es handelte sich besonders darum, ob unser Zweigverein beim Bau Berlin bleiben, oder ob er dem Bau Götting zugeführt werden solle. In der heutigen Versammlung wurde durch den Kollegen Kasper jedem deutlich klar gelegt, warum es erforderlich und zweckmäßig ist, uns dem Bau Götting anzuschließen. Weil wir politisch mit unsern Nachbarvereinen Neufuß und Grünberg gemeinsam arbeiten müssen, da wir zum Wahlkreis Grünberg-Freistadt gehören, kann es uns nur zum Nutzen gereichen, wenn wir auch gewerkschaftlich mehr Fühlung miteinander haben. Aus diesem Grunde wurde einstimmig beschlossen, uns dem Bau Götting anzuschließen. Nun verlas der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal, der von den Revisoren für richtig bestätigt wurde, worauf der Kassierer entlastet wurde. Nach Schluß der Mitgliederbesammlung wurde eine öffentliche Gessellschaftsversammlung abgehalten. Kollege Kasper hielt einen lehrreichen Vortrag und schilderte recht deutlich unsere wirtschaftliche Lage. Daß seine Ausführungen alle Anwesenden befriedigt haben, zeigte der reiche Beifall, der ihm zu teil wurde. Nach einem Schlußwort, in dem jeder nochmals an seine ernste Pflicht erinnert wurde, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen der Zentralverbände geschlossen.

Magdeburg. In einer am 6. April abgehaltenen Versammlung der Zahlstelle Magdeburg hielt Kollege August Winnig einen Vortrag über die inneren Einrichtungen unseres Verbandes. In großen Zügen schilderte er die Entwicklung der Verbandseinrichtungen. Insbesondere wies er auf die Wirkung des Betonbaufachens hin und betonte, welche Umwälzung im Maurerberuf dadurch hervorgerufen wird. Das Betonbaufachens schloß die Gefahr in sich, den Lohn des Maurers zu drücken, weil in ihm viel ungenutzte Arbeiter beschäftigt würden. Es sei deshalb eine Pflicht der Selbsthaltung, die Betonarbeiter zu organisieren, und zwar, weil sie an einem untrennbaren Arbeitsprozeß beteiligt sind, in einer Organisation zusammenzuschließen. Redner streifte die Unterführungsfrage und verbreitete sich besonders über die Arbeitslosenunterstützung. Zum Schluß wies er auf die Generalversammlung der Unternehmer hin, wo diese beschlossen haben, Arbeitsnachweise einzuführen, was für uns nur Maßregelungsbureau bedeute; niemals würde die Organisation dafür zu haben sein; für uns sei die Frage noch nicht einmal diskutabel. Er forderte demgegenüber zur Agitation, zur Stärkung des Verbandes auf; wir müßten mehr Solidarität üben, mehr Verbandsfreunde zeigen und das boshafte Nörgeln unterlassen. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Verschmelzung mit den Bauhilfsarbeitern von allen Rednern anerkannt; hier in Magdeburg sei man sich ja auch einig und bisher seien alle Fragen gemeinschaftlich behandelt. Die Maigner rief eine nicht zu lebhaft debattierte, in der Kollege Winnig den biesfalls angefochtenen Artikel in Nr. 14 des „Grundstein“ verteidigte. Durch Abstimmung wurde festgelegt, wie früher so auch in diesem Jahre zu feiern, nach Magdeburg der Resolution des Braunschweiger Verbandstages, wonach es den Mitgliedern zur moralischen Pflicht gemacht ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, soweit es ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen möglich ist. Die beschlossene Dombesichtigung findet am 25. April statt; näheres darüber wird noch bekannt gegeben werden.

Marienwerder. In unserer Versammlung am 11. April gab der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal, der für richtig befunden wurde. Dann wurde Kollege Konrad Schulz zum zweiten Vorsitzenden gewählt und ins Kartell wurden die Kollegen Schulz und Jürgens delegiert. Die beantragte Entschädigung des Vorstandes für Eingaben wurde abgelehnt. Zwei früheren Mitgliedern wurde der Wiedertritt nach Zahlung des erhöhten Eintrittsgeldes und einer Buße von 5 s gestattet. Nachdem die Bescheidbrennung erklärt worden war, hielt der Vorsitzende ein aufmunterndes Referat, worauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen wurde.

Holierer und Steinholzleger.

Berlin. Die hiesigen Steinholzleger hielten am 7. April die Freiheit, Dragonerstraße 15, ihre Generalversammlung ab. Der erste Punkt, Kassenbericht, mußte zurückgestellt werden, weil die Revisoren aus stichhaltigen Gründen ihres Amtes noch nicht gewaltet hatten. Der zweite Punkt wurde dadurch erledigt, daß zunächst eine achtgliedrige Lohnkommission, bestehend aus vier Gegnern und vier Hilfsarbeitern, gewählt wurde, die einen neuen Tarif auszuarbeiten und einer der nächsten Versammlungen zur Beratung vorlegen soll. Zur Maigner wurde beschlossen, wie in früheren Jahren durch strikte Arbeitsruhe zu begehren. Den Werksstellenkommissionen wurde aufgetragen, in den einzelnen Betrieben vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß die Lohnzahlung am Freitag stattfindet. Alsdann wurde über die Verhandlung mit dem Vertreter der hiesigen Filiale der Hannoverischen Steinholzfabrik, Herrn Becker, berichtet, die unersetzlich wegen Anerkennung des hiesigen Lohntarifs angehalten war. Auf das erste Schreiben, das in der Angelegenheit an ihn gerichtet wurde, reagierte der Herr überhaupt nicht, sondern hüllte sich in tiefes Schweigen, und erst auf ein zweites Schreiben, worin ihm bedeutet wurde, daß wir es als Ablehnung unserer Forderungen ansehen müßten, wenn er es nicht beantwortete, teilte Herr Becker in einem Schreiben mit, daß er nur aus purer Gerechtigkeitssiebe die Anerkennung des Lohntarifs ablehnen müßte, denn er bezahle an fleißige und tüchtige Leute weit höhere Löhne, als sie in unsern Tarif festgelegt

seien. Wie es aber mit der Gerechtigkeitssiebe dieses Herrn bestellt ist, erfuhr man erst von einigen in der Versammlung anwesenden Kollegen, die die Probe aufs Exempel gemacht und bei ihm um Beschäftigung angefragt hatten; denn den hiesigen Arbeitsnachweis benutzt die Firma überhaupt nicht, sondern sie zieht trotz der überaus großen Arbeitslosigkeit am hiesigen Ort, offenbar auch wiederum aus Gerechtigkeit, fortgesetzt fremde, und zum größten Teil unorganisierte Arbeitskräfte aus allen Gegenden Deutschlands nach hier, unsern Kollegen aber bot er Löhne an, die weit unter den in unsern Tarif festgesetzten Minimallohn waren. Den hiesigen Hilfsarbeitern aber zahlt die Firma nur 35, 40 und 45 s Stundenlohn, wogegen der Minimallohn in unsern Lohnarif auf 50 s festgesetzt ist. Bezeichnend aber ist es auch, daß von den Berliner Gegnern, die die Firma einstellte, kein einziger organisiert ist, und daß alle bis auf einen als Lohnbrüder unter den hiesigen Kollegen bekannt sind. Daß aber Herr Becker diese Leute den Berliner Minimallohn oder gar noch höhere Löhne zahlen wird, kann er uns nicht versichern. Die Versammelten hatten daher auch kein Verlangen für diese Art Gerechtigkeit und beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, weitere Maßnahmen gegen diese Firma zu ergreifen, falls sie es nicht doch vorzieht, unsern Tarif anzuerkennen, die Sperre zu verhängen, dies sei auch schon mit Rücksicht auf die hier anässigen tariflosen Firmen erforderlich; denn diese hätten ebenfalls schwer unter der Konkurrenz dieser Firma zu leiden. Kollege Lange brachte alsdann noch zur Sprache, daß einige frühere Mitglieder unseres Verbandes von auswärtig, die jetzt hier bei der Firma beschäftigt seien, allerhand Ausreden gebrauchten, offenbar um ihr jetziges organisations-schädliches Treiben zu beschönigen. So werde von dem einen überall herumgezogen, er sei 1907 vom Zentralarbeitsnachweis für 45 s Stundenlohn nach Köln vermittelt worden. Die Wahrheit aber ist, daß der betreffende selbst von Berlin aus mit der Firma in Köln korrespondiert und über die Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt hat. Es ist also läge, die der betreffende wissenschaftlich und in böser Absicht verbreitet. In andern Fällen wird von ihnen die Behauptung aufgestellt, sie seien im Herbst, als sie sich in Köln bei der Firma Deppe im Streik befanden, auf dem Zentralarbeitsnachweis übergegangen worden, indem ein gewisser August Müller hier in Berlin vom Arbeitsvermittler für die Firma Langguth nach Südamerika vermittelt worden sei, während sie hier zuerst hätten in Betracht kommen müssen. Dies ist ebenso wenig wahr wie das erstere, vielmehr ist die Einstellung der betreffenden Leger für Südamerika ohne den Arbeitsnachweis geschehen, und daß Müller von Dörmow bewog, Langguth engagiert worden war, erfuhr der Arbeitsvermittler erst, als er schon längst auf dem Meere schwamm. Dies zur Steuer der Wahrheit, damit unsere Kollegen überall in der Lage sind, falls sie das Gluck haben sollten, auf den Bauten mit diesen Leuten zusammenzutreffen, ihnen wirksam entgegenzutreten zu können, sobald sie ihr Gift versprühen.

Die Abrechnung

des Christlichen Bauarbeiterverbandes

für das zweite Halbjahr 1908 schließt mit einem Gesamtvermögen von 583.089,71 ab, was einen Ueberschuß von 101.933,20 bedeutet. Die reine Jahres-einnahme der Zweigvereine betrug 660.881,56, die Ausgabe 641.459,79, so daß sie dem alten Bestande von 107.550,51 in 1921,85 hinzugefügt konnten, wodurch sich dieser auf 128.972,34 erhöht haben müßte, was aber nach den Schlußzahlen der christlichen Abrechnung nicht zutrifft, sie verzeichnet nämlich nur 124.583,62, also 2388,72 weniger. Das ist dieselbe Summe, um die der Kassenbestand vom 1. Juli 1908 in der Abrechnung vom zweiten Halbjahr niedriger angegeben ist, als in der Abrechnung vom ersten Halbjahr. Eine merkwürdige Erscheinung, deren Ursachen wir natürlich nicht kennen. In Nr. 41 der „Bauwerkstatt“ vom vorigen Jahre ist unter dem Verwendungsübersicht der Bestand der Kassalassen am 1. Juli 1908 auf 114.143,96 angegeben, und in der Abrechnung vom zweiten Halbjahr in Nr. 16 von diesem Jahre gibt man diesen Bestand plötzlich ohne Erklärung auf 112.055,24 an. Wir wissen nicht, welche Gründe den Vorstand des christlichen Verbandes zu dieser Abänderung der Bilanzfiguren veranlaßt haben, aber wir denken, daß solche Verschönerungen wenigstens erklärt werden müßten. Die reine Jahres-einnahme der Haupt-lasse beträgt 488.745,21, die Ausgabe 472.208,12, was einen Ueberschuß von 116.537,09 ergibt, wovon der größte Teil auf das zweite Halbjahr entfällt. Von den Ausgabenposten des ganzen Jahres erwähnen wir 97.304,41 für Lohnbewegungen und Streiks, 9.963 für Sterbe- und 28.580,65 für Krankenunterstützung, 55.238,16 für das Verbandsorgan, 100.506,88 für Agitation.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 36.074, gegen 42.087 am gleichen Zeitpunkt des Jahres 1907, das ist also ein Verlust von 6013 oder von reichlich 14 pSt. Um dem Verlust sind nicht alle Landes-teile gleichmäßig beteiligt, in einigen Gauen hat die Mitgliederzahl auch noch während der Krise zugenommen. Verluste hatten die Bezirke: Baden-Württemberg (1191 1070), 121, Brandenburg-Pommern (dazu gehört nach der christlichen Geographie auch Unghal und Thüringen) (988 823), 1575, Böhmen (12.180 12026), 1974, Hannover (3232 3179), 54, Köln (6448 4245), 2903, Mitteldeutschland (2837 2082), 755, Münster (3168 2707), 449, Nordböhmen (1926 1266), 60, Oberhessen (1027 996), 31, Raderborn (2257 2025), 232, Südböhmen (942 818), 124, Westpreußen (1254 1088), 186, Einzel-zähler (145 138) 9. Einen Zuwachs hatten Westfalen-Böfen (2000 2305), 305, Ostpreußen (1028 1768), 130 und Pfalz-Saar (1287 1385), 98. Die Nachprüfung wird dadurch erschwert, daß in der Bezirkeinteilung fortwährend Veränderungen vorgenommen werden. Solange der christliche Verband seine Abrechnungen veröffentlicht, ist die Bezirkeinteilung noch nie unverändert geblieben. Relativ hat der christliche Verband stärker gelitten als unser Zentralverband, denn bei uns beträgt der Verlust (von 197.068 auf 175.875 = 21.191) nur etwas über

11 pSt. Die stärkste Stellung des christlichen Verbandes ist immer noch in Essen, er besitzt dort 2102 Mitglieder; dann folgt Dortmund mit 1896, Bochum mit 1219, Kaden mit 1184, Recklinghausen mit 1111, Hannover mit 1010. In diesen sechs Städten zählt er über tausend Mitglieder. In Baden-Württemberg-Gebiet sind Wülhausen (265), Mannheim (184) und Heidelberg (105) seine stärksten Vereine; in dem Sammelbezirk Brandenburg-Pommern bringt es Berlin auf 662, die andern Orte zeigen verhältnismäßig kleine Zahlen. Im Bezirk Südum gegenwärtigen katholischen Vereine außer den schon genannten: Gelsenkirchen (928), Gladbeck (664), Gagen (633), Overhausen (607), Duisburg (554), Hamborn-Wesd (444) und Hamm (400). In Schlesien stehen Ratibitz mit 569 und Breslau mit 220 Mitgliedern oben, im Bezirk Hannover kommen Gildesheim mit 471, Duderstadt mit 168 und Braunshweig mit 143 als stärkere Stützpunkte in Betracht, er beherrscht indessen hier so ziemlich unbedrängten das Eigefeld, seine fromme, gottverlassene Gegend. Im eigentlichen Rheinland sind außer Aachen noch Köln (723), Düsseldorf (602), Wannen-Elsfeld (504), Krefeld (301), M. Gladbach (215) und Remscheid (198) zu nennen. Im Mitteldeutschland kommen eigentlich nur Siegen (618), Fulda (135) und Dornbach (163) ernstlich in Betracht, denn die 548 Mitglieder in Frankfurt bedeuten dort nicht viel. Im Münsterlande zeigen Münster (583), Osnabrück (367), Rheine (217) und Bielefeld (178) etwas her; die 112 Mitglieder auf Nordsee sind, wie man sich leicht denken kann, zur Hälfte Streikbrecher, zur Hälfte terrorisierte Leute, christliche Mitglieder von Unternehmern Willen. In Nordbayern und ebenso in Südbayern hat der christliche Verband „seine Nummer“, in Nürnberg 356, in Würzburg 229 und in München 238 Mitglieder, dann noch ein paar kleine Kreise, aber ohne Bedeutung. Ostpreußen ist die eigentliche Ruhestätte der Christlichen — wir kennen den Ruhm! — dort zählt er in Königsberg 756 Maurer und gegen 300 Hilfsarbeiter und Zimmerer (wie lange noch), dann hat er sich noch in Allenstein festgesetzt. Im Paderbornischen zählt er fünf Vereine mit mehr als hundert Mitgliedern: Paderborn, Badum, Anröchte, Detmold und Lippstadt. Im Bezirk Posen hat er in der Provinzhauptstadt 471, in Kosten 262, in Gosenjaga 254 und in Gnesen 126 Mitglieder. In Saarabien und Pfalz steht St. Johann mit 840 Mitgliedern oben, daneben Trier mit 332 und Kaiserslautern mit 122. In Westpreußen halten Danzig mit 424, Poppo mit 389 und Neustadt mit 207 die Position.

Im allgemeinen kann man nicht bestreiten, daß der christliche Verband die schwere Zeit der Krise ziemlich gut überstanden hat. Er hat sich eben alle die Erfahrungen, die unsere Verbände früher schmerzhaft sammeln mußten, zumute gemacht. In seinen Organisationsmaßnahmen wie in seiner Agitation und Verwaltungspraxis nahm er sich die freien Gewerkschaften zum Vorbild; so brauchte er nicht zu probieren und zu experimentieren; er fand die formalen Richtlinien für die gewerkschaftliche Arbeit fertig vor und konnte sie benutzen. Das hat ihm manches erspart. Was bei uns das Ergebnis einer langen organisatorischen und geistigen Arbeit war, brauchte er einfach zu übernehmen.

Ein Blick in die Abrechnung des christlichen Verbandes zeigt uns, daß er annähernd alle Gebiete beherrscht, die ihm irgendwelche Aussichten bieten. Wo für ihn noch größere Erfolge möglich sind, ist nur die Provinz Schlesien. Dort wird sich in den nächsten Jahren der Konkurrenzkampf zwischen ihm und uns lebhafter gestalten, und man wird ja sehen, wie er dabei abscheidet. Mögen unser Kollegen ihre Schuldigkeit tun. Die bisherigen Mißerfolge der Christlichen in Schlesien sind teilweise durch den Konkurrenzkampf zwischen den beiden christlichen Richtungen verschuldet. Früher oder später werden sie jedoch zu einer Verständigung gelangen, und dann werden viele christliche Kräfte für die Agitation gegen uns frei werden. Das sollten unsere Kollegen bedenken und ausnützen. Der christliche Verband ist seit 1904 stark gewachsen, und diese Tatsache hat manchen Gewerkschaftsgenossen mit Besorgnis erfüllt. Das war indes eine sehr unnötige Besorgnis, die wir nie geteilt haben. Daß die Arbeiterbewegung dieser Gebiete noch nicht reif war für den Gedanken des Kampfes, und daß hier die christlichen Gewerkschaften manche Erfolge erzielen würden, das haben wir immer gewußt und auch oft ausgesprochen. Aber jetzt sind die fetten Weiden so ziemlich abgegrast. In der nächsten Prosperitätsperiode werden die christlichen Gewerkschaften noch manches Tausend neuer Mitglieder gewinnen, und auch der christliche Bauarbeiterverband wird noch einige Eroberungen machen; aber die Zeiten von 1903 bis 1907 legen nicht wieder; er ist dem Beharrungszustande nahe gekommen.

Der Zentralverband der Bauarbeiter Belgiens wird seinen jährlichen Kongress am 30. und 31. Mai im Volksbau zu Brüssel abhalten.

Verichtigung.

Das in voriger Nummer veröffentlichte Protokoll von der Sitzung des Einigungsamtes bezieht sich auf das rheinische Vertragsgebiet, dessen Einigungsamt seinen Sitz in Köln hat.

Zentralfrankenkasse.

(Grundstein zur Einigung)

In der Woche vom 4. bis 10. April sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Wandlitz M. 800, Eppelheim 200, Wiesbaden 150, Maßdorf 150, Wittenwalde 100, Däben 100, Leipzig-Reinhold 100, Wilsdorf 81,80. Summa M. 1181,80.

Zufüsse erhielten: Blomberg M. 450, Süß 300, Breilitz 250, Grauberg 200, Reinholdsdorf 200, Neuruppin 200, Wesselsleben 200, Schinkel 150, Alt-Weslin 150, Dörfels 120, Altenbruns 100, Tegel 100, Döberan 100, Eick 100, Bonn 100, Kassel 100, Rahlitz 100, Alvensleben 50, Schöndau a. d. E. 25, Niederbreisitz 20. Summa M. 3016.

In der Woche vom 11. bis 17. April sind folgende Beiträge eingegangen: Bebel I. Hofst. M. 300, Wietberg 250, Füllberg 200, Sahn 200, Bargelsbe 200, Altona 200, Schwerin I. Med. 200, Bromberg 196,70, Wittenberge 175,40, Haderwilde 150, Rietleben 150, Kueburg 138,65, Groß-Reutenhof 100, Plau a. d. Sabel 100, Pörsch 120, Odera 100, Memel 100, Worn 90, Kengirig 80, Stremmen 62,94, Golsow 61,26, Reitz 60, Dahlenburg 50, Bodum 50, Wieternich 50, Weitz 42, Eggersdorf 30, Reibed 21,60. Summa M. 3478,52.

Zufüsse erhielten: München M. 500, Wittenberg 200, Wilmersdorf 200, Straßburg I. Est. 150, Wendenhof 100, Rathenow 100, Löwenberg 100, Hainstadt 59, Eggeln 30, Kirchwarder 20. Summa M. 1459.

Altona, den 18. April 1909.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Cüstrin. Am 16. April stürzte unser treuer Verbandskollege Friedrich Weder vom vierten Stock des Neubaus Plantagenstr. 5, der vom Baugeschäft Kube ausgeführt wird, herab und erlitt einen Arm- und einen Beinbruch sowie andere Verletzungen. Weder wollte die Schür höher spannen, bevor dabei das Gleichgewicht und Stütze ab. Unser Cüstriner Verwaltung teilt mit, daß man das Schutgerüst nur in der ersten Etage anbrachte, es aber dann nicht höher führte. Es ist klar; hätte man das getan, so hätte der Unfall nicht so schlimm werden können. Vielleicht ist aber auch darin gefehlt worden, daß man das Gerüst nicht wenigstens einige Meter um die Erde herum führte. Das sollte man, wenn man schon sein um das ganze Gebäude laufendes Gerüst hat, fest tun, sonst ist der Mann, der an der Erde arbeitet, ständig in Gefahr, abzufallen.

Gartz a. d. O. Bei dem Neubau des zur Gärtnereianlage gehörigen Wohnhauses in Stößen stürzte am 7. April infolge zu schwacher Riegel ein Teil der Mauer ein. Das Gerüst war zu sehr mit Steinen belastet. Als ein Kalkträger eine Mühle Rast ausschüttete, brach die Mauer mit zwei Riegeln zusammen und ein Kollege und der Kalkträger saßen 6 m tief in den Keller, mit ihnen Kasten und Stiege. Der Kollege ist noch glücklich davon gekommen, d. h. mit leichten Verletzungen, während der Kalkträger schwere Verletzungen am Kopf und andere Quetschungen und Abschürfungen am ganzen Körper erlitten hat. Nach der Meinung des Unternehmers Gahn ist seine Mauer vorrichtig gebaut. Dabei sind die gebrochene Mauer die stärksten von seinem ganzen Mauerwerk. Während nach den Vorschriften der Berufsgeossenschaft nun Verbauung auf der Baustelle sein soll, mußte hier erst ein Kollege nach dem nahen Neuentfischen, um solches zu holen! Wo bleiben hier die Kontrollen der Aufsichtsbehörde? Der Unternehmer Gahn mutet den Verunglückten zu, leichte Arbeiten auszuführen, wir wissen aus warum; er hat im vorigen Jahre schon einen Unfall gehabt, und möchte nun nicht, daß wieder einer angemeldet wird. Er steht bei der Berufsgeossenschaft auf der schwarzen Liste und daß schon einen höheren Beitrag. Derartige Unternehmern müßte das Bauen unterlagt werden. Dazu herrscht bei ihm eine Arbeitsweise, wie man sie schlimmer auf keinem Aushaus in Berlin findet. Die Kollegen selbst sind organisiert, aber zum Teil alle verwandt und verschwägert mit dem Unternehmer, und die andern fünf Kollegen haben nicht den Mut, dem Unternehmer die Zähne zu zeigen. Alle wollen aber gut organisiert sein! Aber wo bleibt die Tat?

Hof. Am 18. April stürzte der Maurerpolier von einem 2,68 m hohen Gerüst in einen auf dem Nachbargrundstück stehenden eisernen Kessel. Er erlitt außer Verletzungen am Kopf auch eine Verletzung des Rückgrats, die jedenfalls eine dauernde Lähmung verursachen wird.

Bauarbeiterkonferenz für Hessen. Im Einverständnis mit der Zentralkommission für Bauarbeiter-schutz labet der Unterzeichnete für Bauarbeiterorganisationen von Hessen zu einer Landeskonferenz am Sonntag, den 9. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause zu Darmstadt hiermit freundlich ein.

Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Der gesellschaftliche Bauarbeiter-schutz. 2. Die Handhabung des Bauarbeiter-schutzes in Hessen. 3. Diskussion und Anträge.

Beranlassung zur Einberufung dieser Konferenz gibt die unverständliche, geradezu auf Dämonie hinauslaufende Haltung der Großherrschaften Regierung sowohl, als auch der sonstigen in Betracht kommenden Behörden. Denn obwohl nun schon zum zweiten Male gelegentlich der Eröffnung des hessischen Landtags in der Thronrede in feierlicher Weise die landesgesetzliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes in Aussicht gestellt wurde, hat man bis zur Stunde kein Wort mehr von alledem gehört. Ja, wenn nicht alle Anzeichen der Vorgänge in den letzten Tagen trügen, darf wohl behauptet werden, daß an eine landesgesetzliche Regelung dieser höchwichtigen Sache in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu denken ist.

Der Unterzeichnete ersucht deshalb die Vorstände der Bauarbeiterorganisationen recht dringend, sofort zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen und durch zahlreiche Vertretung der Bauarbeiter-Hessen entschieden Protest gegen die geradezu herausfordernde Haltung der Regierung zu erheben. Die Delegierten müssen mit einem Mandat versehen sein. Etwaige Anfragen sind an untenstehende Adresse zu richten.

In der Erwartung, daß die Bauarbeiterorganisationen den Ernst der Situation erkannt haben und für zahlreiche Vertretung Sorge tragen, zeichnet

Die Kommission für Bauarbeiter-schutz in Darmstadt.

H. A. B. Wolff II, Zimmerer, Bessungerstr. 88, S. I.

*** Eine Gefahr für das Töpfergewerbe.** Die Zukunft des Kachelofens ist sehr unsicher. Mehr und mehr wird der altüberbrachte Wärmepender zurückgedrängt durch die modernen Zentralheizungsanlagen. Die Verdrängung des Kachelofens aber bedeutet einen erheblichen Rückgang für das Gewerbe der Töpfer und Ofenseher. Es ist offensichtlich, daß die Angehörigen dieses Gewerbes, durch die Konkurrenz der Zentralheizung angetrieben, alles aufbieten, um dem Kachelofen, soweit es noch möglich ist, eine Zukunft zu sichern. Der Rückgang ihres Gewerbes hat bei den Töpfern und Ofensehern die Erkenntnis geweckt, daß sie selbst einen Teil der Schuld daran tragen, wenn ihre Erzeugnisse dem Siegeszuge der Zentralheizung mehr und mehr weichen mußten. Namentlich sind es die im Töpfergewerbe beschäftigten Arbeiter, die sich dieser Einsicht nicht verschließen. Sie erkennen unumwunden an, daß es den Angehörigen des Berufs, Meistern wie Gesellen, an den heizungstechnischen Kenntnissen fehlt, um Kachelöfen so herzustellen, daß sie als rationelle Heizkörper gelten können, und daß auch die vielerorts herrschende Unordnung in Verbindung mit der Lieferung schlechten Materials durch die Bauunternehmer eine derart unsoliden Ausführung der Arbeiten zur Folge gehabt hat, daß der Kachelofen trotz reichlicher Heizung in sehr vielen Fällen nicht mehr als Wärmepender bezeichnet werden kann. Ausgehend von dem Bestreben, den guten Ruf des Kachelofens wiederherzustellen und ihm eine Zukunft zu sichern, ist im Jahre 1907 in Dresden eine Konferenz von Unternehmern und Arbeitern des Töpfergewerbes zusammengetreten und hat beschlossen, daß in allen in Frage kommenden Städten Kommissionen eingesetzt werden, die dahin wirken, daß der Kachelofen durch zweckentsprechende Herstellung das Feld gegenüber der Zentralheizung zu behaupten suche.

In letzter Zeit hat sich in Berlin der Gesellenausschuß mit der Ziffernzung über der Einführung einer solchen Kommission geeinigt. Eine Versammlung des Zentralverbandes der Töpfer stimmte dieser Vereinbarung zu und wählte fünf Mitglieder in die Kommission, der auch ebensoviele Unternehmer angehören. Die Kommission soll zunächst dahin wirken, daß die bestehende Fachschule so ausgebaut wird, daß sie jedem Ofenseher die zur Herstellung eines guten, heizungsfähigen Ofens erforderlichen heizungstechnischen Kenntnisse gewährt. Ferner soll versucht werden, die Bauherren zur Lieferung von gutem Material zu bewegen. Endlich wurde es als notwendig bezeichnet, daß in Berlin unter städtischer Weisung eine Versuchsanstalt für Kachelöfen eingerichtet wird, wie sie in München bereits besteht.

Die Versammlung hat, wie gesagt, der Einführung der Kommission zugestimmt, doch hatten mehrere Redner Zweifel darüber, ob das gesteckte Ziel unter den heutigen Verhältnissen erreicht werden könnte. Was nützen uns unsere heizungstechnischen Kenntnisse — sagte ein Redner — wenn uns die Bauherren so schlechtes Material liefern, daß daraus niemand einen soliden Ofen herstellen kann. Wir glauben, daß es möglich sein wird, den Kachelofen zu retten. Seine natürlichen Vorzüge werden es erleichtern. Und wenn sich damit eine lebhafte Bewegung der Fachleute selbst verbindet, die sich besonders die Ausmerzung der Fälscherei zum Ziele setzt, so wird sich der Kachelofen noch lange gegenüber den zentralen Heizungsanlagen behaupten können, zumal die so vielgepriesenen Vorzüge dieser letzteren mehr in der Einbildung als in der Wirklichkeit bestehen; wer die zentralen Heizungsanlagen kennt, begeistert sich nicht für sie. Der Kachelofen bedarf nur der sorgfältigen Ausführung, die die Ausnutzung der Wärme möglichst gebührend, dann wird er noch lange eine Stütze unserer Wohnräume sein können.

Aus Unternehmerkreisen.

Zehnte Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe am 29. und 30. März in Cassel.

II.

Punkt 4: Mitteilung über die im Frühjahr 1910 abzuschließenden Tarifverträge. Referent O. Enten-Leipzig: Die bisherigen Erfahrungen, die wir auf dem Gebiete des Tarifwesens gesammelt haben, sind zu gering, um sich ein abschließendes Urteil erlauben zu können. Die Frage ist zu wenig geklärt. Deshalb ist nur zu empfehlen, die weitere Beratung und Prüfung der gewählten Dreizehnerkommission zu übertragen. Diese muß sich dann recht bald mit den einzelnen Bezirksverbänden über die Frage aussprechen, um so die praktischen Erfahrungen, die gemacht worden sind, in den Landesverbänden richtig verwerten zu können. Ferner wird es aber Aufgabe der Kommission sein, nachdem bei uns die Frage geprüft und genügend geklärt ist, rechtzeitig mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammenzutreten, um die Grundlage zu den Verhandlungen zur Abschließung der neuen Verträge zu schaffen. Es dürfte darüber in unserm Bunde eine einmütige Meinung bestehen, daß die Hauptaufgabe der Kommission ist, unsere Position zu klären: Das einmal Erreichte muß festgehalten werden, damit der Tarifabschluß im Jahre 1910 noch günstiger und besser wird als im Jahre 1908.

Eine Debatte findet nicht statt. Die Generalversammlung beschließt in dem Sinne des Referats.

Punkt 5: Bericht über die erfolgte Festsetzung und Einführung eines Vertragsmusters für die Vereinigung zwischen Arbeitgeberverbänden und Baumaterialienhändlern. Referent E. Behrens-Hannover: Im Jahre 1908 haben die Baumaterialienhändler einen Vertrag unter sich vereinbart, der sich gegen den Arbeitgeberbund richtet. Veranlassung dazu waren unrichtige Auffassungen unter den Baumaterialienhändlern über die Stellung des Bundes zu ihnen. Man glaube, unser Streben sei darauf gerichtet, die Händler auszuscheiden. Sehr lange Verhandlungen mußten geführt werden, ohne daß wir ein Resultat erreichten. Die Vertreter des Bundes haben allerdings erklärt, daß in den abzuschließenden Vertrag Bestimmungen aufgenommen werden müssen, die Preisermäßigungen für die Bundesmitglieder enthalten.

Die Höhe der Vergütungen sollte im Verträge festgelegt werden. Die Verhandlungen mußten schließlich abgebrochen werden, weil es unmöglich war, eine Einigung zu erzielen; sie sind auch bis heute nicht wieder aufgenommen worden.

Ritter-Bremerhaven: Ich halte den vollkommenen Abbruch der Verhandlungen für sehr gefährlich und schädlich. Meine persönlichen und praktischen Erfahrungen, die ich als Materialhändler gesammelt habe, sind anders. Ich halte es nicht für so schwierig, eine Einigung mit den Händlern zum Abschluß eines Vertrages zu erzielen. Die Händler sind bisher sehr leicht organisiert und haben auch für diese Frage fast gar kein Verständnis. Es müßte Aufgabe des Bundes sein, die Händler für sich zu gewinnen, da es für die Organisation von Bedeutung ist. Bei den zukünftigen großen Konflikten und Lohnkämpfen ist ein Vertrag und ein engerer Zusammenschluß mit den Händlern von großer Bedeutung.

Kummeri-Hamburg: In Hamburg liegt die Sache etwas günstiger. Mit circa 50 pSt. der Lieferanten haben wir Verträge abgeschlossen. Wir sollten diesen Einfluß nicht zu gering schätzen; bei Streiks ist die Entziehung des Materials eine mächtige und wertvolle Waffe.

Es wird beschlossen, eine Kommission aus dem Vorstand zu ernennen, die die Verhandlungen mit den Händlern wieder aufnimmt.

Punkt 6. Unternehmung von Schritten zur Erlangung von Vorzugspreisen bei Zementlieferungen. Referent **H. Wenig-Gilbesheim:** Bei der Entwicklung des Baugewerbes ist die Stellungnahme des Zementhändlers für uns eine Gefahr geworden. Die dort verfolgte Preispolitik ist auf die fortwährende Steigerung der Preise gerichtet. Einige Zahlen mögen das bezeugen: Der Marktpreis für den Doppelwagen Zement betrug 1896 M 235, 1897 M 271 und 1908 M 288. Diese Preispolitik ist ungerecht, wenn man bedenkt, daß neben hohen Abweichungen und andern Mängeln nach 20 bis 25 pSt. Dividende verteilt werden konnten! Die Bauunternehmer werden gezwungen, von den Syndikaten auszugehen. Sobald es sich um größere Unternehmungen handelt, ist die Preispolitik der Syndikate anders. Unter anderem erhält die Eisenbahnbauwerke bedeutende Preisermäßigungen, bis zu M 100 und mehr für den Doppelwagen. Im Eisenbahnbauwesen ist der Preis, der durch zuverlässige Informationen, beträgt der Marktpreis pro Doppelwagen M 286, und die Eisenbahnbauwerke beziehen daselbe Quantum für M 180. Durch die immer härtere Verwendung des Zements im Baugewerbe und die dadurch erzeugten guten Abschlüsse findet die Zementindustrie eine sehr schnelle Entwicklung. Gegenwärtig (1909) sind 21 neue Zementwerke im Bau begriffen. Es dürfte eine der wichtigsten Aufgaben des Bundes sein, mit diesen im Entstehen begriffenen Werken rechtzeitig in Fühlung zu treten, um mit Unterstützung dieser neuen Werke der Preis- und Baupolitik der Syndikate ein Ende zu machen.

Wag-Strasbourg: führt aus Weissenburg ein drastisches Beispiel dafür an, wie mit allen Mitteln von den alten Zementfabriken versucht wird, ihre Markstellung zu erhalten. Dort sollte ein neues Zementwerk errichtet werden. Die Errichtung ist dadurch hintertrieben worden, daß man der Stadt M 5000 zuwendete, wofür diese den Grundriss sowie Schwierigkeiten machte, daß aus der Gründung nichts wurde.

Fritz-Essen: In Rheinland-Westfalen ist es den vereinigten Verbänden gelungen, einen Vertrag mit dem Syndikat abzuschließen. Wir haben für den Wagen eine Vergütung von M 15. Aber auch diese Preisermäßigung ging dem Syndikat zu weit; es ist versucht worden, den Vertrag aufzuheben. Die Verbände werden sich entschieden dagegen wehren und sich nicht hinausdrängen lassen.

Es wird beschlossen, mit den neuen, im Bau begriffenen Zementwerken in Verbindung zu treten, um Abschlüsse zu erzielen.

Nun folgt eine zweistündige Frühstückspause, in der neben dem Essen auch Musikstücke vorgetragen werden und gemeinsam gelungen wird.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen teilt Herr Felsch mit, daß ein Kollege aus Budapest und drei aus der Schweiz als Gäste den Verhandlungen beizuwohnen. Er heiße sie herzlich willkommen.

Es sei notwendig, daß ein immer engerer Zusammenschluß der Arbeitgeber erfolge, auch mit den Arbeitgebern im Ausland. Diese internationalen Verbindungen seien aber anders zu bewerten als die der Arbeiter. Der internationale Zusammenschluß der Arbeitgeber sei eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit.

Punkt 7. Ersatzwahl für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder. Als erster Vorsitzender wird Felsch wiedergewählt. Als erster Stellvertreter des Vorsitzenden wird Heuer-Werlin und als zweiter Stellvertreter Enke-Leipzig gewählt. Alle andern Vorstandsmitglieder werden wiedergewählt.

Herr Felsch klagt dann über Überlastung. Durch die Krankheit des Herrn Vahl-Berlin hätten er und Ende die ganzen Arbeiten im letzten Jahre allein leisten müssen. Das sei unheil. Er mache deshalb den Vorschlag, den Vorstand im Osten, Westen, Süden und Norden um je ein Mitglied zu erweitern. Der Vorschlag wird angenommen.

Gewählt werden für den Osten: Wolfram-Dreslau, Stellvertreter Lauser-Königsberg; für den Westen: Fritz-Essen, Stellvertreter Lischer-Frankfurt a. M.; für den Norden: Behrens-Hannover, Stellvertreter Kummeri-Hamburg; für den Süden: Böhler-München, Stellvertreter Busch-Stuttgart.

Punkt 8. Protest gegen den Gesekentwurf, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern. Referent: Generalsekretär Dr. G. Rielenz-Berlin. Zunächst spricht der Referent längere Zeit über die Reichstagsverhandlungen, wo der Gesekentwurf beraten wurde, und knüpft daran Betrachtungen, wie die weitere Behandlung sein werde. Danach erscheine die Annahme im Reichstag sehr wahrscheinlich. Der Protest sei deshalb etwas verpöht und könne dadurch schließlich wertlos werden. Das dürfe aber die Generalversammlung des Bundes nicht ablassen, ganz energisch zu protestieren. Man dürfe nicht erlahmen, noch selbst in letzter Stunde die

vorhandene Gefahr abzuwenden. Es sei auch grundsätzlich anzunehmen, die Arbeitskammern brächten den gewünschten „sozialen Frieden“. Neue Konflikte würden entstehen, neuer Bündnistoff würde unter die Arbeiter getragen. Wie alle sozialpolitischen Gesetze würde auch dieses Gesetz wirken: Die Arbeiter würden durch alle diese Gesetze zu immer weiteren Forderungen von der Regierung gereizt. Der Arbeiter findet es ganz unverständlich, daß die Arbeiterorganisationen für den Gesekentwurf eintreten, sie müßten eigentlich dagegen sein. In ihren Gewerkschaftsorganisationen hätten sie eine viel bessere Vertretung als sie durch die Arbeitskammern jemals erreichen würden. Der Tätigkeitsbereich müßte sehr beschränkt bleiben, müßte sich neben den Gewerkschaften herlaufen. Für die Arbeitgeber würden neue Kosten und neue Lasten entstehen. Solange überhaupt in Deutschland die Sozialdemokratie die Arbeiter in Händen hat, müßte der Gesekentwurf entschieden bekämpft werden. Als weitere Mittel zur Bekämpfung des Gesekentwurfes empfiehlt Referent eine Denkschrift an den Bundesrat und Reichstag, um in dieser Form „in letzter Stunde“ entschieden die Meinung des Bundes zum Ausdruck zu bringen.

Die Denkschrift wird in der Form abgefaßt und beschlossen, der geschäftsführende Ausschuss solle beim Bundesrat und Reichstag persönlich eine Denkschrift überreichen.

Punkt 9. Stellungnahme gegen den Reichstagsbeschluss, betreffend Einstellung von Baukontrollanten aus dem Arbeiterstande. Referent Felsch-Berlin: Bereits im preussischen Landtage habe ich gesagt, was gegen die Anstellung von Arbeiterkontrollanten zu sagen ist, und auch die Stellungnahme unseres Bundes ist bekannt. Wer ein besonderes Interesse für die Frage hat, der mag die statistischen Berichte über die Verhandlungen im Landtage genau nachlesen. Aber trotz der scharfen Bekämpfung, die diese Forderung seit Jahren durch uns erfährt, ist der Reichstagsbeschluss, die Frage der Regierung zur Erörterung zu übermitteln, recht bedenklich.

Es ist zweifellos ein erfolgreicher Vorstoß im Reichstage, dem andern folgen werden. Aber nicht allein im Reichstage und in den gesetzgebenden Körperschaften in den Bundesstaaten wird in diesem Sinne von der Sozialdemokratie gearbeitet, sondern in allen Stadterverwaltungen geschieht das; auch dort wird die Forderung: Anstellung von Kontrollanten aus Arbeiterkreisen immer von neuem erhoben. Sie denken: Steier Tropfen höhlt den Stein.

Die Kontrolle durch Arbeiter ist entschieden zu verwerfen, denn die Berufsvereinigungen haben heute eine vorzügliche Kontrolle. Im Jahre 1908 kam auf 1000 Arbeiter ein Kontrollant. Der mindestens einmal im Jahre jeden Betrieb kontrolliert und mehrere mehrmals. Die Arbeiter sind überhaupt ungeeignet, eine zweifelhafte und erfolgreiche Kontrolle auszuüben. Jenen fehlt zunächst die notwendige Kenntnis über die Bautechnik und auch praktische wie wissenschaftliche Bildung für einen solchen Posten.

Ritter-Bremerhaven: Es ist gewiss, doch recht sonderbar, daß die Sozialdemokraten fortwährend solche Anträge stellen, wo bei uns auf den Baustellen jedes alte Weib auf dem Bau hantieren kann. Dagegen fehlt bei den viel höheren Eisenkonstruktionsschrautern, die wahren Meisterwerke gleichen, fast jegliche Schutzmaßregel zur Verhütung von Unfällen. Referent stellt einen mit seinen Ausführungen sich bedenkenden Antrag.

Nachdem der Referent vom Vorsitzenden aufmerksamer gemacht, daß sein Antrag eine Denunziation enthalte, zieht er den Antrag zurück.

Ende-Leipzig wendet sich in sehr scharfen Worten gegen die Forderungen der Sozialdemokratie im Reichstage, den Bundesräten und den städtischen Körperschaften, Kontrollanten aus Arbeiterkreisen zu bestellen. Er empfiehlt, in allen gesetzgebenden Körperschaften dem entschieden entgegenzutreten.

Lischer-Frankfurt a. M. hält die Arbeiter — ebenso wie Felsch — für unfähig, das Amt eines Kontrollanten wirklich auszuüben. Dies sei auch nicht das eigentliche Ziel der Propaganda für die Arbeiterkontrollanten. Man wolle in der Hauptsache bezahlte Beamte schaffen, die mit politischen und behördlichen Machtmitteln ausgerüstet seien. Der beste Beweis für die Unfähigkeit der Arbeiterkontrollanten bilde Bayern, wo in mehreren Orten solche schon einige Jahre sind. Die Zahl der Unfälle sei heute noch doppelt so hoch wie im übrigen Deutschland. Referent verliest dann eine Statistik der bayerischen Bauberggenossenschaften, wonach im Jahre 1902 12,8 pSt. der Unfälle durch den Arbeitgeber verschuldet sind und 47,7 pSt. durch Arbeiter. Im Jahre 1903 seien 12,5 durch Arbeitgeber und 48,9 durch Arbeiter, 1904 14,8 durch Arbeitgeber und 47,1 durch Arbeiter, 1905 11,7 durch Arbeitgeber und 51,5 durch Arbeiter, 1906 11,1 durch Arbeitgeber und 61,8 durch Arbeiter verschuldet. Aus diesen Zahlen gehe mit erschreckender Deutlichkeit hervor, daß die Arbeiter die Schuldigen bei den Unfällen seien und Arbeiterkontrollanten die Unfälle nur verschlimmert.

Herr Lischer stellt folgenden Antrag:

Das gewonnene Zahlenmaterial der Berufsvereinigungen ist dem Reichstage, den Landtagen und allen Gemeindeverwaltungen mitzuteilen, damit die Sozialdemokraten mit allen ihren Forderungen abgewiesen werden.

Böhler-München: In Bayern sind die Unternehmer nicht einmal gefragt worden, als die Arbeiterkontrollanten eingeführt worden sind. Aber in Bayern hat diese Maßregel nichts genützt; die Unfälle stehen viel höher als in den anderen Berufsvereinigungen; sie betragen 116 pSt. gegen nur 78 in den preussischen Berufsvereinigungen.

Der Antrag Lischer wird angenommen.

Herr Felsch erhält den Dank der Versammlung für sein mannhaftes Auftreten gegen die Forderung nach Arbeiterkontrollanten.

Punkt 11. Anträge. A. Anträge des Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das untere Weser- und Emsgebiet in Bremen und des Arbeitgeberverbandes an der Unterweser in Bremerhaven.

Die Generalversammlung wolle beschließen:

1. den dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angeschlossenen Verbänden erneut zu empfehlen, bis zum

1. Januar 1910 für ihren Bezirk einen unparteiischen Arbeitsnachweis für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter — in Orten, wo gemischte Arbeitgeberverbände bestehen, einen solchen für alle Gewerbe — zu errichten.

Verbände, welche nicht in der Lage sind oder zu sein glauben, obige Einrichtungen zu treffen, haben dieses bis zum 1. Juli 1909 dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes unter Angabe der Gründe mitzuteilen;

2. ferner soll den dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angehörenden Verbänden ebenfalls erneut empfohlen werden, ihre Mitglieder zu verpflichten, jedem Arbeitnehmer bei seinem Abgang einen Entlassungsschein nach dem von der Bundesleitung ausgearbeiteten Schema auszuhandigen und spätestens vom 1. Januar 1910 ab nur noch Entlassungsscheine nach dem Muster der Bundesleitung zu benutzen. Die Unterfertigung derselben soll jedoch den Lokalverbänden überlassen bleiben.

Referent für beide Anträge Herr Maurermeister C. Reim-Götting: Die große Bedeutung, die die Arbeitsnachweise haben, ist den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes erst in den letzten Jahren zum Bewußtsein gekommen. Es bestehen noch heute relativ wenige Einrichtungen dieser Art. Es dürfte aber eine der wichtigsten Aufgaben mit sein, die Arbeitsnachweise in allen Orten einzuführen. Die bündigen Arbeitsnachweise für die einzelnen Bezirke müssen enger zusammengefaßt werden, denn ein Zusammenwirken ist dringend erforderlich. Der Arbeitgeberbund muß dabei den Grundgedanken vertreten, daß die Verwaltung der Nachweise allein in den Händen der Arbeitgeber sein muß, partiellistische Arbeitsnachweise sind entschieden zu bekämpfen. Die Arbeitsnachweise, die in neuerer Zeit von den Kommunen in größerer Zahl errichtet sind, sind mit allen Mitteln zu bekämpfen, sie können keineswegs die berechtigten Wünsche und die entscheidende Wahrung der Interessen der Arbeitgeber bringen. Der herrschende „sozialpolitische Zug der Zeit“ übt einen starken Einfluß auf die Arbeitsnachweise aus. Notwendig ist selbstverständlich, daß alle Bundesmitglieder verpflichtet werden, nur ihre Arbeiter durch den Arbeitsnachweis zu beziehen. Mit der Errichtung der Arbeitsnachweise muß die Einführung der „Entlassungsscheine“ eingeführt werden. Beide zusammen organisch ausgebaut und gut organisiert, bilden eine wirksame Waffe in den Händen der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber erhalten eine gute Waffe, um Ordnung auf ihren Arbeitsplätzen zu halten, und für die Arbeiter haben unter Nachweise eine erzieherische Wirkung. Referent ersucht die Anträge einstimmig anzunehmen.

Felsch-Berlin: Ich teile die Organisation des Arbeitsnachweises in München und die größere Bedeutung, die dieser für die Unternehmer-Bauunternehmer erlangt hat. Rund 18000 Arbeiter seien im letzten Jahre vermittelt worden. In ähnlichem Sinne schloß Herr Behrens-Hannover und ein Vertreter aus „Arberg“ die Arbeitsnachweise und geben dabei Auskunft über die in ihren Orten gemachten Erfahrungen.

Ritter-Bremerhaven: Die Arbeitsnachweise geben den Arbeitgebern genaue Auskunft über die Fähigkeiten der Gesellen. Sie erhalten eine zuverlässige Kontrolle über dessen moralisches Verhalten und zeigen uns genau, mit wem wir es zu tun haben. Auf die Arbeiter müssen wir damit eine hohe erzieherische Wirkung erzielen.

Es dürfte aber höchste Zeit sein, daß wir mit der Errichtung der Arbeitsnachweise in ganz Deutschland beginnen. Wenn wir ein Jahr später damit kommen, ist es zu spät, dann haben wir es wieder mit der Tariffrage zu tun, die Durchführung ist dann bedeutend schwieriger. Schon in den letzten Tarifverhandlungen wurde von Bismarck darauf hingewiesen, daß ein partiellistischer Arbeitsnachweis errichtet werden müsse. Daraus erkenne wir, mit welcher Bedeutung diese Frage von den Arbeitnehmern beachtet wird. Sind sie eingeführt, dann läßt sich nichts mehr ändern, die Arbeiter müssen dann damit rechnen. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!

Zur Sache sprechen noch Kummeri-Hamburg und Ende-Leipzig.

Es wurde mitgeteilt, daß die kartellierten Arbeitgeberverbände für Rheinland-Westfalen schon zum 15. April d. J. einen Arbeitsnachweis errichten.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

B. Antrag des Arbeitgeberverbandes an der Unterweser in Bremerhaven: Unterstützung zur Gründung von Polierverbänden. — Referent Herr Maurermeister C. Ritter-Bremerhaven. Die Poliere müßten angestanden werden, besondere Organisationen zu gründen, die vom Arbeitgeberbund unterstützt werden müßten. In Braunschweig sei ein Polier- und Meisterbund gegründet. Wie die Organisation im allgemeinen zu behandeln sei, müßte schließlich die Erfahrung lehren.

Die Frage wird einer Kommission von fünf Mitgliedern überwiesen.

Nachdem dann noch einige Anträge angenommen resp. dem Bundesvorstand überwiesen worden sind, schließt der Vorsitzende Felsch mit einem Dank an die Erschienenen die dritte Generalversammlung.

Die am zweiten Punkt der Tagesordnung (Kartellverhältnis mit den Tiefbauunternehmern) angenommenen Beschlüsse lauten:

1. Die beiderseitigen Zentralorganisationen treten in ein Kartellverhältnis, und die Tiefbaugeschäfte koalieren sich in den örtlichen Arbeitgeberverbänden, damit, daß sie diesen Verbänden entweder als Mitglieder beitreten oder sich ihnen als besondere Gruppen anschließen.

Den Tiefbauunternehmern ist in den Lokalverbänden bezug Kartellen eine ihrer Anzahl entsprechende Vorstandsvertretung zuzugestehen.

Beim Abschluß der Tarifverträge im Jahre 1910 soll folgendes beachtet werden:

2. Grundsätzlich sollen die Löhne im Tiefbaugewerbe nicht höher sein als im Hochbaugewerbe; wo sie höher sind, werden sie herabgesetzt.

3. Wenn Tiefbauunternehmer außerhalb ihres Betriebes Arbeiten ausführen, so haben sie sich vor Beginn der Arbeiten zur Klarlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den anerkannten örtlichen Arbeitgeberorganisationen in den in Betracht kommenden Orten in Verbindung zu setzen. Den mit-

gebrachten Arbeitern ist der vorher vereinbarte Lohnsatz oder der am Monatsende des Unternehmers übliche Lohnsatz, den aus dem Arbeitsgebiet angenommenen Zeiten dagegen der von der betreffenden Arbeitgeberorganisation festgelegte Lohnsatz zu zahlen.

4. Für das Tiefbaugewerbe besteht grundsätzlich kein Unterschied zwischen Arbeitern; es kommen für dasselbe nur Erdarbeiter in Betracht, die nicht unter das Tarifvertragsverhältnis fallen.

5. Die Dauer der Arbeitszeit im Tiefbaugewerbe ist mit Rücksicht auf die Eigenart desselben seitens der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitnehmern selbst zu regeln.

6. Die Grundzüge sollen den beiderseitigen nächsten Gesamtsitzungen zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Wird von diesen das Kartellverhältnis auf dieser Basis beschlossen, so soll eine gemeinsame Kommission die näheren Vereinbarungen beraten und festlegen.

Die Grundzüge für die Organisation des Bundes und seine Kartellierung mit anderen Arbeitgeberverbänden lauten:

1. Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe stellt als zweckmäßige Vereinigung, sowohl die gewöhnlichen Arbeitgeberverbände an, die aus dem von beteiligten Handwerkern als Einzelmitglieder unzufrieden, als auch Kartelle, welche durch Zusammenschluss der Bauergewerbetreibenden Arbeitgeberorganisationen gebildet werden. Für kleinere Städte und Orte sind die gewöhnlichen Verbände das Gegebenste, der größeren sind sie anzustreben, wo nicht zu erreichen, sind Kartelle zu schließen.

2. Deshalb ist nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass alle Bauhandwerker sich den bestehenden gewöhnlichen Arbeitgeberverbänden als Mitglieder anschließen, oder

3. wo gewöhnliche Arbeitgeberverbände infolge örtlicher Verhältnisse nicht bestehen, ist darauf hinzuwirken, dass sich die einzelnen Handwerkszweige zu Arbeitgeberorganisationen zusammenschließen und ein enges Kartellverhältnis unter der Führung der Bau-, Maurer-, Zimmer- und Steinmetzmeister bilden.

4. Sofern bereits in anderen bauergewerblichen Arbeitgebervereinigungen Zentralorganisationen bestehen, kann eine weitere Kartellierung auch der Zentralorganisationen vorgenommen werden, dergestalt, dass ein gegenseitiger Austausch der beschäftigten Maßnahmen in Bezug auf Arbeiterfragen stattfindet.

5. Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe soll den Versuch machen, sich mit den übrigen Zentralen der bauergewerblichen Arbeitgeberverbände zwecks Abschlusses von Kartellverträgen in Verbindung zu setzen. Die unter 6. bezeichnete Kommission soll hierzu ermächtigt werden.

6. Aufträge anderer bauergewerblicher Arbeitgeberorganisationen bezüglich eines Kartellverhältnisses sind einer von Deutschen Arbeitgeberverband zu erreichenden Kommission zur gemeinsamen Beratung mit der antragstellenden Organisation zu überweisen.

7. In jedem einzelnen Falle sind dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbandes die Ergebnisse der Kommissionberatungen zur weiteren Beschlussfassung und Erledigung zu unterbreiten.

Ein Zusatzantrag des Herrn Summert-Hamburg:

„Kombinierte Betriebe der Industrie haben, soweit dieselben Handwerker beschäftigen, die ordentliche Löhne und Arbeitszeit der Arbeitgeberverbände einhalten.“

wurde dem Vorstand als Material überwiesen.

Dem Vorstand bzw. dem neu gebildeten Ausschuss wurden folgende Anträge überwiesen:

Anträge des Bezirks-Verbands für das Baugewerbe zu Halle a. S.

a) Die Generalversammlung wolle beschließen: eine Kommission geeigneter Fachleute zu ernennen, die die Bedingungen über Lieferungen und Arbeiten bei Ausführung von Staatsbauten einer genauen Prüfung unterzieht und alle Vorschriften entfernt, die den Arbeitgeber bzw. Unternehmer offensichtlich schädigen, die Streiks und Sperren in diese Bedingungen einfügen, die so geschaffenen Normalbedingungen dem Reichstag zur gesetzlichen Genehmigung zu unterbreiten, um eine einheitliche Wirkung für alle Bauverträge im Reich zu schaffen;

b) Die Generalversammlung des Bundes auch in Städten mittlerer Größe abzuhalten, insoweit sich Verbände hierzu bereit erklären;

c) als Geschäftsführer des Bundes keinen Juristen anzuweisen, vielmehr einen geeigneten Fachmann mit der Stelle zu betrauen;

d) dass die den einzelnen Lokalverbänden angeschlossenen Arbeitgeberverbände als gleichberechtigte Mitglieder anzuerkennen sind und bei Streiks und Sperren ebenso geschützt werden, wie die Maurer- und Zimmerergewerbe.

Anträge des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den Rhein-Wehr. Industriegebieten zu Essen-Mülh:

a) Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wolle beschließen: dass in Zukunft nur solche Maurer und Zimmerer eingestellt werden sollen, die durch ein Bundesmitglied einen Nachweis darüber haben, dass sie in der Lage sind, als Maurer oder Zimmerer ordnungsmäßig zu arbeiten.

Des ferneren möge auf die Gewerkschaften ein Druck dahin ausgeübt werden, dass nur solchen Mitgliedern Aufnahme in die Gewerkschaften gewährt wird, die diese Bedingungen erfüllt haben;

b) Verbesserung des Submissionswesens. Referent für beide Anträge: Herr Architekt R. Frig-Elfen.

Antrag des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in der Unterweiser zu Bremerhaven:

Die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe möge beschließen:

Arbeitgeberverbände, welche nicht imstande oder nicht gewillt sind, den Normaltarifvertrag mit den örtlichen Arbeiterorganisationen abzuschließen, genießen den Schutz des Bundes in allen Fällen, wo ihre Verträge, Arbeitsordnungen, Ortsgerichte oder dergleichen von dem zugehörigen Bezirksverband genehmigt und dem Bund vorgelegt sind.

Der Vorstand des Bundes hat durch eine Spezialkommission von mindestens fünf Mitgliedern in zweifelhafte Fällen über die Anerkennung der lokalen Anordnungen zu entscheiden.

Gegen einen ablehnenden Beschluss dieser Kommission soll der Lokalverband die Berufung an den Gesamtvorstand her, dieser entscheidet endgültig.

Abgelehnt bzw. zurückgewiesen wurden verschiedene Anträge des Thüringischen Bezirksverbandes. Einer davon

moßte durch den Bund die Mauerarbeiten bei Verwendung von Normalsteinen einheitlich festgelegt wissen. Ein anderer zurückgewiesener Antrag von den Unternehmern zur Abnahme erhielt ein Minderheitsvotum gegen den Vorstand, der beauftragt werden sollte, bei den Tarifabschlüssen im Jahre 1910 die Interessen der Unterverbände besser wahrzunehmen als im Jahre 1908.

Danach scheint der Friede wieder eingezogen zu sein; Felsch ist Vorstandsmitglied geblieben, die Rebellen sind verstört.

Gewerkschaftliches.

Der Metallarbeiterverband hat seine Abrechnung für das Jahr 1908 veröffentlicht. Die Mitgliederzahl beträgt danach am Jahreschluss 882 078, darunter sind 15 167 weibliche und 866 911 männliche Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist um 181 niedriger als am Schluss des Jahres 1907, das ist also eine kaum nennenswerte Einbuße. Allerdings ist die Situation außerordentlich hart; denn im Jahre 1908 wurden 98 178 Neueinnahmen gemacht, trotz diesem starken Zutromm also doch eine kleine Verminderung. Von den im Metallarbeiterverband vertretenen Berufen sind die Schlosser am zahlreichsten (98 692); sie haben sich auch ziemlich stabil gehalten. Die zweitgrößte Berufsgruppe bilden die Metallarbeiter schlechthin, worunter man Bohrer, Fräser usw. versteht; sie zählen am Jahreschluss 57 775 und haben sich um 1005 verringert. Die der Größe nach folgende Gruppe der Dreher mit 37 401 Mitgliedern hat sich besser gehalten, sie hat 154 eingebüßt. Einen starken Verlust haben die Formner erlitten; sie zählen jetzt 25 781, das sind 1751 weniger als im vorhergehenden Jahre. Dann haben die Verarbeiter noch eine starke Einbuße erlitten, relativ die Hälfte, nämlich von 4315 auf 3865 = 22 pSt. An dem Ausgange dieser Berufe sind besonders Feilenhauer, Gelbleiher, Vordrucker, Metallschmiede, Instandhalter, Mechaniker und die weiblichen Arbeiter beteiligt.

Wesentlich schwerer als bei der Mitgliederbewegung kommt die Krise bei dem Finanzvermögen zum Ausdruck. Zwar haben sich die Einnahmen nicht vermindert, wie aus folgender, der „M.-Z.“ entnommenen Tabelle hervorgeht. Der Verband hatte außer den Extraeinnahmen der Lokalkassen eine Einnahme von M. 11 778 716. Davon gingen ein als:

Einnahmen	1908	1907	1906
Beiträge der Mitglieder	44930	70162,25	89772,70
Beiträge	10018762,45	9022287,25	787755,10
Gesamte Einnahmen (inkl. M. 28 000 von Berlin)	127904,88	432038,69	43881,87

Zusammen: 10186587,33 9544488,19 8011509,67

Über die Ausgaben, besonders die für Erwerbslosenunterstützung, sind folgende Angaben zu entnehmen, dass sie allein ein tiefendes Bild von dem Niedergange des Wirtschaftslebens geben.

Die hauptsächlichsten Ausgabenposten der Hauptkassen sind folgende:

Unterstützungen	1908	1907	1906
Reisegeld	401607,89	294997,82	243409,08
Unterstützungen	102044,81	100847,57	79900,79
Erwerbslosenunterstützung:			
a) bei Krankheit	3049747,57	2152565,20	719864,35
b) bei Arbeitslosigkeit	3098559,20	2552820,50	568138,99
Streikunterstützung	116648,14	1767927,84	2816390,80
Maßnahmen	344032,73	305792	214647,27
Besondere Fälle	54664,30	54666,28	66680,30
Sterbegeld	68888,65	56165,75	716981,70
Rechtlich	69922,08	72984,45	78902,21

Zusammen: 6013114,87 5758967,41 4803715,44

* Für ein halbes Jahr, da diese Unterstützungen erst am 1. Juli 1908 in Kraft traten.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ fügt diesen Zahlen hinzu: „Es fällt vor allen Dingen die gewaltige Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung auf. Es wurde mehr ausgegeben als eingenommen, und das Vermögen der Hauptkassen des Verbandes verminderte sich um M. 660 173,95, von M. 4 039 471,49 auf M. 3 378 297,54.“ Bei aller Bemerkung vor diesem Ausgange unserer größten Gewerkschaft, zeigen uns doch unwillkürlich Befragte auf, ob solch gewaltige Leistungen auf dem Gebiete der Unterstützungen auf die Dauer übernommen werden können. Allerdings hat der Metallarbeiterverband Großes geleistet, um die schlimmsten Wirkungen der Arbeitslosigkeit abzumildern, viel Not hat er dadurch gemildert, und manchen Arbeitslosen mögen die Unterstützungen des Metallarbeiterverbandes vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt haben; allerdings hat der Metallarbeiterverband dadurch erreicht, dass seine Mitgliederzahl auch während der Krise, die uns und vielen anderen Gewerkschaften so manches Mitglied entzogen, nahezu völlig unverändert blieb — aber der Preis, um den er dies erreichte, ist auch hoch, sehr hoch; die Zukunft muß es ausweisen, ob er nicht zu hoch gewesen ist.

Soziales.

* Arbeitslosenversicherung in Bayern. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hatte im vorigen Jahre beantragt, den Gewerkschaften, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gaben, eine Beihilfe aus Staatsmitteln zu gewähren. Der Antrag wurde zunächst einer Kommission überwiesen, welche dann dem Plenum des Landtages eine Reihe von Vorschlägen unterbreitete. Das Ergebnis der sehr lebhaften Diskussion, welche sich an den Bericht knüpfte, war der Beschluss, im Ministerium des Innern eine Konferenz abzuhalten, in welcher die verschiedenen Interessenten eine Aussprache über das Problem der Arbeitslosenunterstützung pflegen sollten. Diese Konferenz fand am 12. November vorigen Jahres statt. An ihr nahmen teil Abgeordnete verschiedener Parteien, Vertreter der größeren Städte, Gewerkschafts-

vertreter der verschiedenen Richtungen, der Ausschuss der Zentralstelle für Gewerbe, Handel und Industrie, Vertreter der Handels- und Gewerbe- und der Handwerkerkammern, ferner Vertreter des bayerischen Arbeitsamtes und des Verbandes bayerischer Arbeitsnachweise. Auch ein Vertreter der Gelben war geladen und erschienen. Das Ergebnis der Beratungen dieser Konferenz wurde vom Minister v. Bretschneider in einer Schlussrede zusammengefasst, in der er zum Ausdruck brachte, dass das Problem der Arbeitslosenversicherung bald gelöst werden müsse. Die obligatorische Versicherung empfahle sich aus verschiedenen Gründen nicht, dagegen sollte der Versuch mit einer fakultativen Versicherung gemacht werden. Ein Bedürfnis für Arbeitslosenversicherung bestehe nur in größeren Städten; den Bedenken, die von landwirtschaftlicher Seite geäußert wurden, lasse sich begegnen. Das bayerische System der Arbeitslosenversicherung sei das empfehlenswerteste. Die Durchführung der Arbeitslosenversicherung sei zunächst eine Aufgabe der Städte. Der Staat könne vorerst keine Zuschüsse leisten, ob das später möglich sein werde, würde bei der Aufstellung des Etats geprüft werden. — Vorher war auf Antrag des Gewerkschaftsleiters einstimmig beschlossen worden, eine Kommission einzusetzen, die die weitere Vorprüfung der zur Erörterung stehenden Frage übernehme und in einer nächsten in drei Monaten zusammenzutretenden Versammlung gleicher Art Vorschläge zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung machen soll. Außerdem war auch beschlossen worden, die Vertretung der Gelben vor der weiteren Beratung auszuschließen.

Am 30. März fand nunmehr die Sitzung der Arbeitslosenversicherungskonferenz statt. Ihre Tagesordnung lautete: Referate vor, die von dem Münchener Reichsrat Fleischmann, dem Centrumsabgeordneten v. Pestalotta und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Simon, dem Vorsitzenden des Schutzmachereverbandes, ausgearbeitet waren. Während Fleischmann sich für das bayerische System aussprach, erklärten sich die beiden anderen Referenten für das bayerische System, für das auch die Vertreter der christlichen und christlich-demokratischen Gewerkschaften eintraten. Es folgte aber auch nicht an entscheidendem Widerspruch. Der Vertreter der bayerischen Industriellen, Rechtsanwalt König, war gegen jede Unterstützung. Er bezeichnete, wie man das auch schon von anderen Sachverständigen gehört hat, die Arbeitslosenunterstützung als eine Unterstützung der Faulheit und suchte mit der sozialdemokratischen Gesinnung grollend gegen den Hinweis auf die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Bayern den sozialdemokratischen Organisationen angehört.

Von dem Selbstbewusstsein, womit dieser Agent des Schuttmachers auftritt, legt auch eine andere Bemerkung Zeugnis ab. Von einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften war betont worden, dass bei Ausperrungen, welche über den einzelnen Ort hinausgehen, ebenfalls Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden müsse. Darauf erwiderte Herr König in dem Tone eines Befehlshabers, der nur zu kommandieren braucht: „Die Industriellen müssen von der Regierung verlangen, dass sie sich nicht in den wirtschaftlichen Kampf einmischt, da andernfalls die Industriellen energisch gegen sie Front machen würden.“ Diese Botschaft ging auch dem Vertreter des Ministers, der die Versammlung leitete, wider den Strich und er verwies den rabinischen Schuttmacher energisch in seine Grenzen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen sich noch einige Redner, wie der Vertreter der Nürnberger Handelskammer und ein bauerndemokratischer Abgeordneter gegen jede Unterstützung aus. Einige Städtevertreter erklärten sich für das bayerische System, bei dem nur solche Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten, die vorher Beiträge in eine Kasse einbezahlt haben. Dem wurde jedoch von mehreren Seiten entgegengehalten, dass dies System nicht nur in Köln, sondern überall, wo es zur Einführung gelangt sei, Fiasco gemacht habe. Es zeige sich übrigens durch die Aussprache, dass die Gegner des bayerischen Systems (Gewährung eines Zuschusses an die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften) an diesem System hauptsächlich den Mangel einer Unterstützung für die Unorganisierten ausfindig haben. Da man jedoch auf der andern Seite nicht beabsichtigt, die Unorganisierten von der Unterstützung auszuschließen, so einige man sich auf den Beschluss, den Städten sei eine Arbeitslosenversicherung zu empfehlen, in der sie die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften subventionieren und auch den unorganisierten Arbeitslosen in irgend einer Form die Vorteile der städtischen Unterstützung zu gewähren haben. Der Staat soll 50 pSt. der aufgewendeten Summen den Gemeinden ersetzen.

Gegen jede Versicherung himmelten vier Vertreter (Industrie, Handwerk, Handelskammer und Landwirtschaft). Für das reine bayerische System erklärten sich zwei Vertreter (Augsburg und Ludwigshafen). Für das bayerische System (Zuschuss an Gewerkschaften) erklärten sich vier Vertreter. Für das bayerische System in Verbindung mit der Unterstützung von Unorganisierten in irgendeiner Form erklärten sich 10 von 15 Vertretern. Mit allen gegen vier Stimmen wurde beschlossen, dass der Staat 50 pSt. der von der Gemeinde ausgegebenen Summe den Gemeinden zurückerstattet solle.

Es bleibt nun abzuwarten, welche praktischen Folgen der Beschluss hat. Man darf aber hoffen, dass er nicht lediglich auf dem Papier stehen bleiben wird, zumal einige bayerische Städte bereits Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen getroffen haben. So konnte der Vertreter der Stadt Erlangen auf der Konferenz von guten Erfahrungen mit der Unterstützung berichten, obwohl diese erst seit dem 1. Januar in Wirksamkeit ist. Und der Vertreter der Stadt München teilte mit, dass im letzten Winter über M. 71 000, darunter rund M. 34 000 aus städtischen Mitteln, zur Unterstützung Arbeitsloser verwendet wurden. Diese Beispiele dürften zur Nachahmung anregen, und es wäre zu wünschen, dass man sich auch außerhalb der bayerischen Grenzen mehr als bisher mit dem Problem der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt.

Man darf sich freilich keiner Täuschung darüber hingeben, dass sich die Leistungen der Gemeinden auf diesem Gebiet nur in bescheidenen Grenzen bewegen können. Es muß aber alles ausgenutzt werden, die widerstrebenden Gemeindeverwaltungen auf sozialpolitischem Gebiete vorwärts zu treiben. Die öffentlichen Körperschaften müssen es als eine selbstverständliche Pflicht betrachten, den durch die Ar-

Verleger: Th. Bömelburg, verantwortlicher Redakteur: A. Winnig, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.